113. Freitag den 17. Mai 1861. 113.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 17. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Regierungs-Sekretär, Rechnungs-Rathe Nicol in Frankfurt a. O., bei seinem Ausscheiden aus dem Dienste den Charakter als Geheimer Rechnungs-Rath zu ertheilen; ferner den nachbenannten Offizieren die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehenen Orden zu ertheilen, und zwar: des Kaiserlich östreichischen Ordens der eisernen Krone dritter Klasse: dem Adjutanten der 2. Artillerie-Inspektion, Hauptmann Weigelt von der Brandenburgischen Artillerie-Brigade (Nr. 3); des Königlich hannoverschen Guelphen Ordens dritter Klasse: dem Mitgliede der Artillerie-Prüfungs-Kommission, Major The Losen, à la suite der Niederschlesischen Artillerie-Brigade (Nr. 5), und dem Direktor der Geschütz-Gießerei in Spandau, Major Schür, à la suite der Westfälischen Artillerie-Brigade (Nr. 7); des Königlich hannoverschen Guelphen-Ordens vierter Klasse: dem Hauptmann und Batterie-Chef von Mechow von der Garde-Artillerie-Brigade, dem Direktions-Assistenten der Geschütz-Gießerei in Spandau, Premier-Lieutenant Wever, à la suite der schlesischen Artillerie-Brigade (Nr. 6), dem Hauptmann Wiebe und dem Premier-Lieutenant Sallbach von der rheinischen Artillerie-Brigade (Nr. 8); des Ritterkreuzes des Kaiserlich brasilianischen Rosen-Ordens: dem Artillerie-Offizier vom Platz in Spandau, Hauptmann Cotta, und dem Hauptmann Kuehne von der Magdeburgischen Artillerie-Brigade (Nr. 4).

Am Gymnasium zu Mühlhausen ist die Anstellung des Dr. Hundt als Ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

An der Realschule auf der Burg zu Königsberg i. Pr. ist die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Fuhrmann als Ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

An der Handelsschule Pforta ist der Schulamts-Kandidat Dr. Kretzschmer als Adjunkt angestellt worden.

Se. Hoheit der Herzog von Sachsen-Altenburg ist vorgestern hier eingetroffen und im Königlichen Schlosse abgestiegen.

Abgereist: Der Ober-Präsident der Rheinprovinz, von Pommer-Esche, nach Koblenz.

Telegramme der Posener Zeitung.

Pesth, Donnerstag 16. Mai. In der heutigen Sitzung des Unterhauses hielt der Redner der ultra-magyarischen Partei, Tissa Koloman, in seiner gelegentlich der Adreßdebatte gehaltenen Rede eine Vermittelung für unmöglich, weil die östreichische Regierung die Rechte Ungarns leugne. Ein freies Ungarn sei im Interesse Europa's, Deutschlands, der Zivilisation. Er wolle keine Adresse, bis die pragmatische Sanktion vollkommen anerkannt sei, und stimmt für eine Resolution, welche den Deak'schen Antrag mit einigen Erweiterungen enthalten solle. Der Redner erhielt mäßigen Beifall. Szaloy erklärte, persönliche Sympathien für die Deutschen zu haben. Oestreich solle die römisch-kaiserlichen Reminiszenzen aufgeben, dem italienischen Einflusse keine weiteren Opfer bringen und in Ungarn den monarchischen Schwerpunkt suchen. Der Redner schloß mit einem Antrage auf eine Adresse und erhielt großen Beifall. Varady sprach für eine Resolution und gegen die Adresse. Rudolph Kubrinyi führte triftige Gründe für eine Adresse an. Franz Kubrinyi wünschte die Thronentsagung des Königs Ferdinand und des Erzherzogs Franz und beantragte eine Dankadresse für die gute Behandlung der Flüchtlinge an den Sultan, an die Schweiz, an England und Amerika. Bartal meinte, die Regierung, welche dem Auslande gegenüber auf dem Boden der Legitimität stehe, solle auch Ungarn gegenüber Legitimität befolgen und das der Dynastie gefährliche Opportunitätsprinzip aufgeben. Er stimmte für eine Adresse.

Frankfurt a. M., Donnerstag 16. Mai. In der heutigen Sitzung des Bundestages wurde durch den Bevollmächtigten des Herzogs von Koburg-Gotha die Entscheidung des Darmstädter Antrages gegen den Nationalverein urgirt. Bezüglich des Antrages Preußens wegen des Oberbefehls der Bundesarmee wurde von Oestreich eine abweichende Erklärung abgegeben.

(Eingeg. 17. Mai 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. ☾ Berlin, 16. Mai. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Gestern Abend wohnten der König, die Prinzen Karl, Albrecht, Friedrich Georg und Adalbert, die Herzogin von Sachsen-Altenburg und andere hohe Herrschaften der Balletvorstellung im Opernhause bei; die Königin, die Prinzessin Friedrich Karl und der Prinz Albrecht (Sohn) erschienen im Schauspielhause, wo Tempeltey's Schauspiel „Daheim" aufgeführt wurde, das sich wahrscheinlich nicht lange auf dem Repertoir erhalten wird. Heute Vormittags führten die hier garnisonirenden Garderegimenter auf dem Tempelhofer Felde ein Manöver aus und waren der König, der Kronprinz, die Prinzen Karl, Friedrich Karl, Albrecht, Prinz August von Württemberg, der General-Feldmarschall v. Wrangel, die Generale v. Willisen, v. Hahn, v. Schlemüller, v. Bonin und viele höhere Offiziere aus Potsdam dabei zugegen. Anwesend waren auch der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, welcher heute Morgen von Ludwigslust, und der Herzog von Sachsen-Altenburg, der gestern Abend von Altenburg hier angekommen ist; ebenso die Prinzen Ludwig und Heinrich von Hessen, der Prinz Wilhelm von Baden und der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin. Die Königin, die Prinzessinnen Karl und Friedrich Karl erschienen zu Wagen; die Frau Kronprinzessin war durch ein Unwohlsein an der Theilnahme verhindert. Mittags kehrte der König in sein Palais zurück und nahm zunächst die Vorträge des Geheimraths Illaire und der General-Adjutanten v. Manteuffel und v. Alvensleben entgegen; später empfing der König den Besuch des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin und des Herzogs von Sachsen-Altenburg. Nachmittags konferirte der König mit dem Fürsten von Hohenzollern und dem Staatsminister v. Auerswald; beide kamen aus dem Ministerrathe, der im Beisein des Kronprinzen in dem Konferenzzimmer des Abgeordnetenhauses stattgefunden und über 2 Stunden gedauert hatte. Um 5 Uhr war Tafel von einigen 20 Gedecken. Unter den Gästen befanden sich außer den Mitgliedern der königlichen Familie der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Altenburg, der Fürst und die Fürstin von Reuß-Schleiz, die hessischen Prinzen, der Fürst von Hohenzollern mit seinen beiden Söhnen und mehrere andere fürstliche Personen und höhere Militärs. Heute Abend ist im königlichen Palais musikalische Unterhaltung und sind zu derselben über hundert Gäste geladen. Außer unseren Opernmitgliedern wirken in derselben Signora Laborde, Signor Baragli und Hans v. Bülow mit. Morgen früh 8 Uhr fahren die Majestäten und alle die übrigen hohen Herrschaften, die Generalität ꝛc. nach Potsdam; der König hält dort im Lustgarten die Frühjahrsparade über die Potsdamer Garnison ab. — Heute Nachmittag besuchten der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, die Frau Prinzessin Karl, der Herzog und die Frau Herzogin von Sachsen-Altenburg, die beiden hessischen Prinzen ꝛc. die Wagner'sche Bildergalerie im Akademiegebäude und nahmen zugleich den in diesen Räumen ausgestellten Schild in Augenschein, welchen der rheinische Adel dem Kronprinzen und der Kronprinzessin zum Geschenk gemacht hat. — Aus Altenburg, Gotha und Rudolstadt sind die Minister v. Larisch, v. Seebach und v. Bertrab hier anwesend und hatten bereits mit dem Minister v. Schleinitz wiederholt Besprechungen. Ob es wahr ist, daß diese Herren in Angelegenheiten des Natioualvereins hier anwesend sind, muß ich dahingestellt sein lassen. — Seit einiger Zeit brachten verschiedene Blätter, unter ihnen die „Hamburger Nachrichten" und die „Wiener Zeitung" Korrespondenzen, in welchen bekannte Vorgänge mit Herrn v. Meusebach in Rio abgehandelt wurden. Diese Artikel sollen von dem hiesigen Vertreter Brasiliens, Chev. d'Araujo, veranlaßt worden sein, und man behauptet, daß der Minister v. Schleinitz dieserhalb von dem Gesandten Aufschluß verlangt hat. Was der Gesandte auf diese Frage geantwortet hat, davon verlautet Nichts; indeß will man ganz genau wissen, daß diese Korrespondenzen aus seinem Hotel ihren Weg nach Hamburg und Wien genommen haben. — Der Publizist Professor Firmenich, welcher durch seine Gattin Universalerbe des bedeutenden Richartz'schen Vermögens geworden, zugleich aber nun auch verpflichtet ist, seinen Aufenthalt in Köln zu nehmen, befindet sich augenblicklich hier, um seine Angelegenheiten zu ordnen. Derselbe war viele Jahre Berichterstatter der „Augsburger Allgemeinen", der „Elberfelder", der „Schlesischen Zeitung" ꝛc. und hatte gute Verbindungen.

— [Protektorat.] Se. Majestät der König hat auf das Gesuch des Gesammtausschusses der evangelischen Gustav-Adolfs-Stiftung in Berlin vom 8. Januar das Protektorat dieser Stiftung für die preußische Monarchie übernommen.

— [Eine Windhose.] Aus Berun (in Schlesien) ist der „Schl. Z." über eine am 26. April d. J. daselbst beobachtete Windhose oder Land-Trombe nachfolgende Mittheilung zugegangen: „Schon des Mittags schien ein heftiger Wind, mit Regen abwechselnd, Alles in seinen Grundfesten zu erschüttern und zu zertrümmern, die furchtbaren schwarzen Wolken, von einer westlichen Luftströmung begleitet, verursachten von Zeit zu Zeit eine allgemeine Dunkelheit. Gegen 3 Uhr Nachmittags zog sich die schwarze Wolkenmasse nordwestlich zusammen, und es bildete sich dort eine eben so eigene, als merkwürdige Naturerscheinung. In der Entfernung einer Viertelmeile westlich von unserm Städtchen zog sich in wirbelnder Bewegung aus schwarzen Wolken von beträchtlicher Höhe nach der Erde herab eine schwarze Wolkensäule, erst in Zylinderform, dann in Form eines abgekürzten Kegels und endlich walzenförmig, die sich so schnell, wie um ihre Axe drehend, fortbewegte, und sich über die hiesigen südwestlich belegenen Feldmarken hinzog. Diese Erscheinung, welche etwa drei Minuten in einem hellglänzenden Lichte sich gezeigt, zog sich hierauf in umgekehrter Kegelform, sowie sie entstanden, wirbelnd in ihre Mutterwolke zurück, und bildete sich, indem sie dicht an der westlichen Seite unseres Städtchens zog, zu einem der Art furchtbaren Orkan aus, daß davon sieben südwestlich belegene hiesige Scheuern, obgleich dieselben erst nach dem letzten großen Brande von guten und massiven Kalksteinpfeilern erbaut, mit solcher Vehemenz ergriffen und der Art in ihrer Grundfeste erschüttert wurden, daß diese Gebäude nicht nur total ruinirt und der Erde gleichgemacht, sondern auch fast sämmtliches Material zertrümmert und zum größten Theil zum ferneren Bau unbrauchbar geworden ist."

Elbing, 15. Mai. [Eine Feuersbrunst] hat schweres Unglück über das Dorf Heiligenwalde gebracht. Bei dem heftigen Winde griff dieselbe ungehemmt mit rasender Schnelligkeit um sich, verzehrte in kurzer Zeit die Kirche, das Schulhaus, 24 Wohnhäuser, sämmtliche Wirthschaftsgebäude des königlichen Dominiums und 6 Bauerhöfe. Leider ist auch der Verlust einiger Menschenleben dabei zu beklagen.

Oestreich. Wien, 15. Mai. [Tagesnotizen.] Der Redakteur des „Fortschritts", Isidor Heller ist wegen eines Artikels seines Blattes, in welchem die gegen Berger gerichteten Katzenmusiken vertheidigt waren, des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe durch Gutheißung einer im Gesetz verbotenen Handlung für schuldig erklärt und zu 4monatlichem strengen Arrest und zu einem Kautionsverlust von 250 Fl. verurtheilt worden. Der Verleger des Journals ist zu einer Geldstrafe von 10 Fl. verurtheilt worden. — „Magyar Orszag" bringt das hinterlassene Fragment der Rede, die Teleky anläßlich der Adreßdebatte zu halten beabsichtigte. „Dasselbe ist", sagt eine telegraphische Depesche aus Pesth, „im Wesentlichen eine drastische Darstellung der zwölfjährigen Leiden Ungarns. Im weiteren Verlaufe werden Ungarns Forderungen weniger vom staatsrechtlichen Standpunkte, als von dem der auswärtigen Konjekturalpolitik beleuchtet." — Die Garnison von Raab ist durch Zuzug einer Infanteriedivision und einer Eskadron Kavallerie verstärkt worden und die Nacht vom 13. war ruhig verlaufen. Patrouillen durchzogen Nachts die Straßen der Stadt. — Die Munizipalkongregation von Fiume hat in Folge Erlasses der Agramer Statthalterei beschlossen, am 20. und 21. d. eine neue Abstimmung betreffs der Wahl der Abgeordneten für den Agramer Landtag vornehmen zu lassen, gegen die Art und Weise des Auftrages jedoch zu protestiren.

— [Ueber die Judenfrage in Ungarn] schreibt die „Oestr. Ztg.": „Die Juden sind den anderen Ungarn in nichts nachgestanden, was in ihrem Lande als Zeichen des Patriotismus gilt. Sie haben Zylinder und Kaputrock bei Seite gelegt, sie haben hohe Stiefel und Attila angezogen, haben ihre Schulen magyarisirt, und neben den Gebetstücken des hebräischen Puristen Esra hat auch das magyarische Idiom seinen Platz gefunden. Man betet den alten Jehova nun auch in der Sprache der Arpaden an, die, als eine orientalische, mit der hebräischen im Bau so Manches gemein hat. Das Alles hat nichts gefruchtet. Der Jude wird, wenn auch nicht verbrannt, doch wenigstens geprügelt."

— [Ueber die Zustände der Justiz in Kroatien] entwirft die „Gerichtshalle" das nachfolgende unfreundliche Bild: „Ist es nicht ein Hohn, unsere Rechtszustände mit dem Worte Justiz zu bezeichnen? Seitdem das Allerhöchste Diplom vom 20. Oktober 1860 hier bekannt wurde, traten wir, was das Rechtsleben betrifft, faktisch in ein Moratorium ein, welches durch kein Gesetz begründet und auch nicht durch die Zeitverhältnisse gerechtfertigt werden kann; seit jener Zeit, wo die damaligen k. k. Beamten, welche der Nation angehörten, zum Bewußtsein kamen, daß die alten, wie wir hofften, dem Moder anheimgegebenen Institutionen und Rechtsformen wieder in Flor kommen würden, überließ sie sich dem dolce far niente, auf die baldige Uebergabe der Geschäfte an die sogenannten Komitatenser hoffend, und so bekamen wir denn seit dieser Zeit bis zu jenem wichtigen Momente nur dann und wann einen weißen Raben in der Gestalt einer vereinzelten Erledigung zu sehen. Seit der Uebergabe wird, wenigstens auf dem Lande, gar keine Justiz gepflogen und wir sind in jenen paradiesischen Zustand zurückgekehrt, wo es keine Kläger, keine Geklagten, kein Gesetz und kein Gericht gab. Das k. k. Notariat liegt bei uns in den letzten Zügen, sie sind noch die beaux restes der letzten Organisirung. Von den neuen Gerichten nicht anerkannt, erhalten sie keine Unterstützung und wird nebstbei alles Mögliche gethan, um das Institut in größtmöglichsten Mißkredit zu bringen, weil es nicht verfassungsmäßig sei. Das Notariat ist bisher ein im ganzen Reiche eingeführtes, daher ein k. k. gewesen, die Notariatskammer ist eine königliche und so sind wir wie ein Schifflein auf dem Ozean herumgeworfen, mit der süßen Zuversicht, daß wir eines schönen Tages stranden und ans Land, oder vielmehr außer Land geworfen werden. Daß die Adler bei den Notaren in Agram auch das Schicksal des Herabreißens erlitten haben, wird Ihnen nicht unbekannt sein, daß aber, als einer der Notare, um solchen weiteren Scenen zu entgehen, das kroatische Wappen aufsteckte, ein gleiches Schicksal erlitt, weil er nicht zur Führung des letztern berechtigt sei, dürfte Ihnen neu sein."

Prag, 14. Mai. [Unterrichtssprache in den Schulen Böhmens.] Dem Jahrbuch für Lehrer, Eltern und Erzieher entnehmen wir folgende interessante Daten über die Unterrichtssprache. In den sieben Oberrealschulen Böhmens (zwei in Prag, je eine in Elbogen, Kuttenberg, Pisek, Rakonitz und Reichenberg) werden die beiden Landessprachen durchgängig, in den neunzig Haupt- und Unterrealschulen mit seltenen Ausnahmen mehr oder weniger beim Unterrichte berücksichtigt. Nur in zehn Hauptschulen (Arnau, Elbogen, Görkau, Liebenau, Plan, bei den Ursulinerinnen in Prag, Reichenberg, Saaz, Schluckenau und Steinschönau), in der Haupt- und Gewerbeschule in Karlsbad und in der Gewerbeschule in Schönlinde wird die czechische Sprache nicht gelehrt. Auch in ganz deutschen Städten, wie an den Hauptschulen in Aussig, Rumburg, Tetschen, in den Haupt- und Unterrealschulen in Brüx, Eger, Joachimsthal u. a. wurde und wird die czechische Sprache in den Kreis der Unterrichtsgegenstände gezogen.

Triest, 13. Mai. [Festlichkeiten.] Zur Feier der Anwesenheit Ihrer Majestäten wird eine Tombola zum Besten der Armen, Beleuchtung des großen und des Armoniatheaters nebst den angrenzenden Straßen, Scheibenschießen mit Betheiligung der Görzer und Laibacher Schützen, vielleicht auch eine Meerfahrt und Korso in St. Andrea stattfinden. Das Munizipium wird einen namhaften Betrag zur Unterstützung der Armen vertheilen.

Verona, 11. Mai. [Heerschau; Graf Canossa.] Der „Allg. Ztg." wird geschrieben: „Nachdem die Aussichten auf den nahen Ausbruch eines Krieges ganz in den Hintergrund getreten sind, wird sich unser Oberbefehlshaber auf 6 oder 7 Wochen in ein Bad begeben. Gestern hielt Hr. v. Benedek noch eine große Heerschau über den ganzen hier befindlichen Train von 1000 Wagen mit mehr als 3000 Pferden. Von einer Vermehrung der Armee ist vor der Hand nicht mehr die Rede; es wird im Gegentheil jedem Urlaubsgesuch ohne Anstand willfahrt. Was hier besonders auf-

fällt, ist, daß auch Graf Canossa den Eintritt in den Reichsrath ablehnte, obschon sich diese Familie von jeher durch ihre Anhänglichkeit und Ergebenheit für das Kaiserhaus auszeichnete.

Venedig, 11. Mai. [Verhaftung von Emissären.] Der „Presse" schreibt man von hier Folgendes über die Verhaftung von Emissären am hiesigen Bahnhofe: „Mehrere Tage, bevor sich dieses Faktum zutrug, waren, wenn wir nicht irren, aus Turin zwei junge englische Gentlemen hier angekommen und in einem der größeren Hotels am Markusplatze abgestiegen. Dieselben gaben sich für Brüder und Sprößlinge einer bekannten englischen Adelsfamilie aus und setzten als solche Meister Schneider, Schuster und Handschuhmacher stark in Kontribution. Sie wollten auch dem Hotelbesitzer mit einer beträchtlichen Zeche durchgehen. Letzterer war von ihrem Vorhaben gerade noch rechtzeitig unterrichtet worden, um sich in aller Eile zu dem am Eisenbahnhofe fungirenden Polizeikommissar zu begeben und dessen Hülfe in Anspruch zu nehmen. Der Polizeikommissar, obwohl demselben die bekannte Macdonaldaffaire im Geiste vorschweben mochte, reflektirte ganz logisch darauf, daß Leute, welche auf so ungentlemanmäßige Art durchgehen wollten, keinen Anspruch auf besonders rücksichtsvolle Behandlung machen dürften und wohl eher Gauner als Mylords sein möchten, faßte die Sache gleich ganz energisch an, ließ die beiden Gentlemen erst am Leibe und sodann deren Effekten genau durchsuchen und fand in der That nebst mehreren aufrührerischen Proklamen auch Dokumente vor, welche dem Verdacht, daß die Betreffenden Emissäre der Revolutionspropaganda seien, starke Nahrung gaben, umsomehr, da sich unter Anderm auch mehrere dem Signalement der Betreffenden ganz anpassende Pässe und Reisedokumente verschiedener Staaten und unter verschiedenen Namen bei dem Gepäcke der Verhafteten vorfanden. Der Polizeikommissar meldete die Sache mit Beilegung der verschiedenen corpora delicti sogleich dem Polizeidirektor Ritter v. Straub, welcher mit gewohnter Energie und Umsicht die Sache in die Hand nahm und derselben vollständig auf den Grund kam. Die Verhafteten sind wirklich Emissäre, welche von verschiedenen Revolutionskomité's den Auftrag erhalten hatten, in Venetien gegen die k. k. Regierung zu agitiren, was sie auch thaten, indem sie sich mit mehreren der bekanntesten hiesigen Italianissimi ins Einvernehmen gesetzt hatten. Von diesen Letzteren sind nun auch mehrere eingezogen worden, und man ist einem recht netten Komplotte auf der Spur. Einer der Verhafteten soll, wenn nicht alle Zeichen trügen, der bekannte Herr Styler sein, welcher in London die englische Legion für Garibaldi organisirte und dann in Sicilien kommandirte. Die Kriminaluntersuchung wurde bereits eingeleitet, und die beiden Gentlemen haben ihre Wohnung mit einem zwar auf dem Markusplatze, jedoch jenseits der Seufzerbrücke gelegenen Logis (oder Kriminalarreste) vertauscht. Die Italianissimi hofften auf eine Reklamation des hier residirenden englischen Generalkonsuls, welches jedoch wahrscheinlich in Anbetracht der nicht ganz noblen Haltung und des Benehmens der beiden Anglikaner bisher nicht erfolgt ist, und wir glauben auch nicht befürchten zu müssen, daß Lord Palmerston dieserwegen wieder sonst ihm gebräuchliche Tiraden loslassen wird."

Bayern. Nürnberg, 15. Mai. [Königliches Geschenk.] Se. Maj. der König von Preußen läßt für die Kunsthalle des Germanischen Museums ein bei 40 Fuß hohes Fenster in dem königl. Institute für Glasmalerei zu Berlin nach einem Entwurf des Direktors der Kunstschule zu Nürnberg, Herrn Kreling, malen, die Grundsteinlegung der Karthause (Sitz des Museums) im J. 1381 darstellend, eine Feierlichkeit, an welcher nicht nur das Reichsoberhaupt, sondern eine große Zahl geistlicher und weltlicher Fürsten, unter denen der erlauchte Ahn des preußischen Königshauses, Burggraf Friedrich V., Theil nahmen. Durch diese königliche Schenkung erhält dieser Kunsttempel der deutschen Nation, wie früher durch Kaulbachs Wandgemälde, eine neue großartige Zierde. (N. K.)

Hannover, 15. Mai. [Amtsentlassung; liberale Agitation; Untersuchungen.] Zur Geschichte der gegenwärtigen Agitation gehört die Entlassung des Bürgervorstehers Hildebrand aus dem Medizinalkollegium, dem er als Pharmazeut angehörte. Bisher hatte man diesem Herrn seine seit Jahren behauptete oppositionelle Haltung seiner Fachtüchtigkeit wegen nachgesehen; die Theilnahme an der Versammlung vom 8. April aber hat ihm den Stab gebrochen. — Aus Osnabrück wird der „Z. f. N." geschrieben, daß der Magistrat beschlossen habe, sich der in der Bürgerpetition ausgesprochenen Wünsche nach Kräften anzunehmen, und daß auch Stüve bereit sei, in diesem Sinne zu handeln. In Hildesheim will man jetzt eben diesen Weg durch die städtischen Behörden einschlagen, und die „Hannov. Ztg." scheint, indem sie darauf vorbereitet, zu meinen, daß sie den bevorstehenden Beschlüssen die Spitze abbreche. In Harburg soll dasselbe geschehen. — Gegen die Osnabrückschen Lehrer ist der „Tagespost" zufolge das Disziplinarverfahren eingeleitet. Senator Thore in Harburg, der sich schon mitten in der Untersuchung befindet, soll, wie die „Z. f. N." hört, von wohlhabenden Mitbürgern schadlos gehalten werden, wenn ihn wider Verhoffen Nachtheil träfe. (Pr. Z.)

Baden. Heidelberg, 14. Mai. [Deutscher Handelstag.] Die erste Sitzung des deutschen Handelstages wurde gestern durch den Chef des badischen Handelsministeriums, Herrn Weitzel, im Auftrage des Großherzogs begrüßt und durch den Präsidenten der Heidelberger Handelskammer, Hrn. Ritzhaupt, eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde, wie schon gemeldet, Hr. Hansemann aus Berlin, zum Vizepräsidenten Hr. Ritzhaupt von Heidelberg und zum zweiten Vizepräsidenten Hr. v. Wertheim aus Wien erwählt. Seitens der badischen Regierung wohnte der Geh. Referendar Dr. Dietz den Sitzungen bei; Seitens der Universität waren anwesend die Herren Mittermaier, Rau, Mohl, Häusser, Goldschmidt und Pickford. 1. Gegenstand der Tagesordnung: Einrichtung, Verfassung, Wiederkehr und dauernde Vertretung des deutschen Handelstages. Die meisten Anträge 1—10 der Kommission wurden ohne Zusätze und nur mit Streichung einiger unwesentlichen Worte angenommen. Die Beschlüsse lauten: „1) Der allgemeine deutsche Handelstag erklärt und gestaltet sich zum Organ des gesammten deutschen Handels- und Fabrikantenstandes, um in regelmäßig wiederkehrenden Versammlungen von Abgeordneten desselben über allgemein wichtige Fragen des Verkehrs dessen Gesammtansicht auszusprechen. 2) Der Handelstag tritt mindestens alle zwei Jahre zusammen. 3) Außerdem wird derselbe berufen, wenn entweder die Organe von 25 Handelsplätzen solches verlangen, oder der bleibende Ausschuß (pos. 9) die Berufung für nöthig erachtet. 4) Bis zur Einführung definitiver Bestimmungen über die Art der Zusammensetzung des Handelstages in Näherem sind alle deutschen Handelskammern und Handelsvorstände, oder wo solche offizielle Handelsorgane nicht vorhanden, auch kaufmännische Privatvereine, sofern sie die Pflege der öffentlichen Volksinteressen zum Zwecke ihrer Vereinigung haben, und nach Ansicht des bleibenden Ausschusses die Gesammthandelsinteressen des betreffenden Platzes zu vertreten geeignet sind, berechtigt, Bevollmächtigte in beliebiger Anzahl zu demselben zu entsenden. Jeder dieser Bevollmächtigten kann sich bei der Berathung betheiligen. Bei der Abstimmung steht indessen den mehreren Vertretern eines Platzes, beziehungsweise Handelsbezirkes, nur eine Stimme zu, über welche sie sich zu einigen haben. 5) Der Handelstag wählt für die Dauer einer Sitzungsperiode einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter desselben durch Stimmzettel. 6) Die Schriftführer werden auf Vorschlag des Vorsitzenden durch Akklamation gewählt. 7) Ueber die Form der einzubringenden Amendements, über deren Behandlung, über Ergreifung des Wortes erhält das Nähere die Geschäftsordnung. 8) Der Handelstag beschließt über den Ort seiner nächsten Zusammenkunft. 9) Es wird ein bleibender Ausschuß für die Zeit von einem Handelstag zum anderen und ein ständiges Zentralbüreau eingerichtet. 10) Der Sitz derselben wird nach Berlin verlegt." Die Sitzung, welche von 9 Uhr früh bis Nachmittags 4 Uhr dauerte, hat nur die erste Hälfte dieses Gegenstandes bewältigt. Die Debatten wären nicht so weitschweifig geworden, wenn nicht einige Süddeutsche an einer krankhaften Furcht gegen Alles, was Norddeutschland ein Uebergewicht möglicher Weise geben könnte, litten. Ausgesprochen wurde es nicht, aber es lag auf der Hand, daß die spezifischen Süddeutschen meinten, der Handelstag sei ein Stück vom Koburger Nationalverein, und wolle die Vertretung der materiellen Interessen von Deutschland nur in preußische Hände spielen. Die politischen Tendenzen traten schon zu Anfang in einer fast befremdenden Weise bei einem Herrn aus Wien hervor, der kein geringerer war als Hr. v. Wertheim. Dieser dankte nämlich für seine Erwählung zum Vizepräsidenten, weil man in ihm einen Oestreicher gewählt habe. — Verzeichniß der Städte, welche auf dem deutschen Handelstage vertreten sind: Aachen, Altenburg, Altona, Augsburg, Bamberg, Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Bremen, Breslau, Brünn, Chemnitz, Danzig, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Eberbach, Elberfeld, Emden, Erfurt, Essen, Eupen, Frankfurt a. M., Freiburg im Breisgau, Fürth, Gera, Gladbach, Gleiwitz, Gotha, Gratz, Hagen, Hamburg, Hanau, Hannover, Harburg, Heidelberg, Heilbronn, Hildesheim, Karlsruhe, Kassel, Kehl, Kiel, Koblenz, Köln, Königsberg, Krefeld, Lahr, Landau, Leipzig, Lennep, Lübeck, Ludwigshafen, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Memel, Memmingen, Mülheim a. d. Ruhr, München, Münden, Münster, Neustadt a. d. Hardt, Nordhausen, Nürnberg, Offenbach, Offenburg, Olmütz, Osnabrück, Pforzheim, Posen, Prag, Rastatt, Reichenberg in Böhmen, Reutlingen, Speier, Stettin, Stuttgart, Trier, Triest, Troppau, Ulm, Wien, Wiesbaden, Worms, Würzburg und Zwickau.

Nach einer der „National-Ztg." zugegangenen telegraphischen Depesche aus Heidelberg hat der deutsche Handelstag den Breslauer Antrag auf periodische Wiederkehr des Handelstages schließlich einstimmig angenommen und definitiv beschlossen, daß der ständige Ausschuß des Handelstages seinen Sitz in Berlin nehmen soll.

Hessen. Kassel, 15. Mai. [Die Landtagswahlen] scheinen in der That ganz so auszufallen, wie das vorige Mal; denn auch von den sieben bäuerlichen Deputirten, welche gegen die Inkompetenzerklärung gestimmt hatten, sind schon drei wieder erwählt worden. In Schweinsberg und Hünfeld wurden ebenfalls nur Anhänger der Verfassung von 1831 zu Wahlmännern gewählt. In ersterem Orte verweigerte der Bürgermeister die Annahme der Rechtsverwahrung, in Hünfeld dagegen wurde sie zu den Akten genommen.

Darmstadt, 14. Mai. [Feuersegen.] Zwischen dem Bischof Ketteler in Mainz und dem Dekan Gardt in Bingen findet eine kleine Differenz statt, weil der Dekan sich gegen eine Verordnung des Bischofs ausgesprochen hat, daß die Geistlichen bei Ausbruch einer Feuersbrunst sich in Begleitung zweier Meßdiener zur Brandstätte begeben und, unter Vortragung des Venerabile, dem Feuer Einhalt gebieten sollten.

Mecklenburg. Rostock, 14. Mai. [Verurtheilung.] Der Kandidat der Theologie Kootz ist wegen seines „öffentlichen Absagebriefs" an den Konsistorialrath Krabbe zu einer vierzehntägigen Gefängnißstrafe, 20 Thalern Geldbuße und zur Erstattung der Untersuchungskosten verurtheilt worden.

Nassau. Wiesbaden, 15. Mai. [Postvertrag.] Die Zweite Kammer beantragte mit allen gegen zwei Stimmen bei der Regierung, den Postvertrag mit Thurn und Taxis aufzulösen oder doch nur auf kurze Zeit zu verlängern, Beides jedoch mit Vorbehalt der Zustimmung der Landstände.

— [Vereinbarung mit dem bischöflichen Stuhle.] Dem Vernehmen nach besteht zwischen dem Herzog und dem bischöflichen Stuhle nunmehr eine Vereinbarung bezüglich der Regelung der kirchlichen Verhältnisse der Art, daß der Bischof die Geistlichen zur Besetzung der Pfarreien in Vorschlag bringt, und solche von dem Herzog die Bestätigung erhalten. Selbstverständlich wird also nur in einzelnen speziellen Fällen die letztere versagt werden können, und nur, wenn gewichtige Gründe gegen eine einzelne Person vorliegen, versagt werden. Unsere Geistlichen sind demzufolge in ein Stadium getreten, das sie vor weiteren unverschuldeten Entbehrungen und Nachtheilen schützt, aber auch den Beschluß unserer zweiten Kammer beseitigt, wenn nicht ignorirt, daß diese Angelegenheit nur im Wege der Gesetzgebung und durch ein Gesetz mit den Ständen ausgetragen werden könne.

Großbritannien und Irland.

London, 14. Mai. [Zur Aufklärung.] Jenes Parlamentsmitglied, von welchem wir gestern berichteten, es habe vor Kurzem angeblich in irrsinnigem Zustande im Unterhause seine Stimme abgegeben, ist Andrew Steuart, Vertreter der Stadt Cambridge. Die Sache ward gestern von Herrn Roebuck öffentlich zur Sprache gebracht und stellt sich, wie wir aus der stattgehabten Diskussion erfahren, ungefähr folgendermaßen dar. Es war bekannt, daß eine große Reizbarkeit des Temperaments, welche als Folge einer Gehirnentzündung zurückgeblieben war, Herrn Steuart zu Zeiten unfähig zum Arbeiten machte. Es scheint jetzt mehr als zweifelhaft, ob er sich zu der Zeit, wo die erwähnte Abstimmung stattfand, in einem solchen krankhaften Zustande befand. Zwar hatte er sich vor einiger Zeit wegen des angegriffenen Nervensystems aus freien Stücken ärztlicher Behandlung anvertraut. Doch befand er sich keinen Augenblick in Gewahrsam, sondern bewegte sich vollkommen frei und hat auch kurz vor dem in Rede stehenden Tage seinen Freunden in London einen Besuch abgestattet. Auch unterhielt er sich am Abend der Abstimmung, nach Aussage mehrerer Parlamentsmitglieder, über den Gegenstand, um den es sich handelte, so verständig, wie Jemand, der im vollen Besitze seiner geistigen Fähigkeiten ist. Daß bei so bewandten Umständen Herr Roebuck im Unterhause eine Debatte über die Sache veranlaßte, wird von der „Times" als eine grobe Taktlosigkeit gerügt.

— [Preßstimmen über Oestreich.] Der „Economist" und „Daily News", welche beide Whigblätter getreue Anhänger und Bewunderer Lord John Russells sind, finden doch Veranlassung, ihn zurechtzuweisen, weil er ihnen noch viel zu östreichisch gesinnt ist. „Daily News" meint, Lord John faßt den neuen östreichischen Reichsrath nicht nur sehr sanguinisch, sondern ganz unrichtig auf, wenn er seine untere Kammer das „Haus der Gemeinen" des Kaiserstaats nenne. Der Reichsrath sei eingestandenermaßen nicht nur ein Experiment, sondern ein verzweifeltes Experiment. Er habe keine unabhängige Autorität und keine wirklich gesetzgebende Macht, und anstatt das ganze Reich zu vertreten, repräsentirten die jetzt in Wien versammelten Abgeordneten nur die eine und zwar die weniger wichtige Hälfte desselben. Nachdem „Daily News" darauf, so wie neulich die „Times", Ungarn als den Kern des Reiches und die Erblande als Anhängsel oder Bruchstücke verschiedener Nationalitäten dargestellt hat, ruft es aus: „Merkwürdig, daß unsere Männer im Parlament immer noch so reden, als ob das starke und geeinigte Reich im Herzen Europa's eine lebendige Wirklichkeit wäre und nicht ein Traum der Vergangenheit. Noch immer leben sie in dem Wahn, daß dieses eingebildete Reich für das Heil Europa's nothwendig sei. Wenn ein konservativer Pair, wie Lord Ellenborough, diese Lehre predigt, so wundert uns dies wenig. Aber am Freitag Abend bekannten sich fast alle Redner im Unterhause zu demselben Dogma, obgleich sie es in milderer Form aussprachen. Selbst der edle Staatssekretär des Auswärtigen that dies auf die Gefahr hin, wie er sagte, für einen altfränkischen Politiker gehalten zu werden. Doch ist der Glaube des edlen Lord an diese ehrwürdige diplomatische Illusion augenscheinlich erschüttert. Er streitet nicht mehr für die Integrität des Kaiserstaats, sondern empfiehlt Oestreich, die Provinz Venetien ohne Verzug los zu werden." Ganz in demselben Tone äußert sich der „Economist", mit dem Hinzufügen, daß Lord John, der eine gute Weile gebraucht habe, um seinen Plan eines Dualismus in Italien aufzugeben, mit der Zeit wohl auch aus seinen östreichischen Träumen erwachen werde.

Frankreich.

□ Paris, 14. Mai. [Die syrische und die römische Frage; Preßerleichterung; Steuerwesen; amerikanische Gesandtschaft.] Die letzten Tage der vergangenen Woche haben uns die definitive Entscheidung der syrischen Frage gebracht. Am Sonnabend hat Thouvenel den französischen Vertretern im Auslande in einer Zirkularnote den Entschluß der Regierung, bis zum 5. Juni Syrien geräumt zu haben, mitgetheilt. Auch sind die Schiffe schon bestimmt, welche den Hafen von Toulon verlassen sollen, um die französischen Regimenter nach Europa zurückzuführen. General Beaufort selbst wird seine Rückreise über Konstantinopel antreten, um daselbst den Sitzungen der europäischen Kommission beizuwohnen, welche für den Libanon eine politische Verfassung ausarbeiten soll, um die Wiederkehr der Gräuelscenen des vorigen Jahres zu verhüten. Hierin liegt natürlich der eigentliche Schwerpunkt der Frage, denn das Interesse der Pforte erfordert, die Stämme des Libanon, sowohl Maroniten wie Drusen, zu einem friedlichen Nebeneinanderleben zu bewegen, um nicht abermals nur allzu hülfsbereiten Nachbaren die Gelegenheit einer Intervention oder Okkupation zu geben. Der russische Kommissar hatte anfänglich den Vorschlag gemacht, die dereinstige Theilung der Türkei in kleinerem Maaßstabe in Syrien durchzumachen und zu diesem Behufe die Bildung von drei Kaimakamien angerathen, von denen jede gewissermaßen eine der theilenden Mächte repräsentirte, die maronitische Kaimakamie nämlich Frankreich, die der Drusen England und endlich die der zur griechischen Kirche gehörigen Stämme Rußland. Dieser Rath ließ indessen zu deutlich die eigentliche Absicht erkennen, und England weigerte sich, eine solche Spoliation der Pforte gutzuheißen. Dagegen wird jetzt die folgende Proposition erwogen und, wie ich vernehme, findet sie den Beifall der europäischen Mächte. Man beabsichtigt den Maroniten die Kaimakamie zu übertragen, wie dies ja bereits vor 1840 der Fall, als die Fürsten aus der Familie Schebab über die Bevölkerung des Libanon, gleichviel ob Drusen, Türken oder Maroniten, herrschten. Daneben würden die Rechte und Machtvollkommenheiten der Pforte durch die Errichtung zweier Paschaliks in Aleppo und Damaskus aufrecht erhalten werden. In diesem Plane ist jedenfalls der Umstand anzuerkennen, daß die Gleichberechtigung zwischen Drusen und Maroniten, diese vorzüglichste Veranlassung des Blutvergießens, aufgehört hat. Die Rückberufung der Truppen aus Syrien ist übrigens die erste und darum sehr empfindliche Niederlage, welche seit seiner Thronbesteigung der Politik des Kaisers zugefügt wird. Es ist dies ein gutes Zeichen; es geht Napoleon wie es den Helden des Mittelalters erging; so lange sie siegreich waren, hielt man sie für unverwundbar; nach der ersten Niederlage verschwand die Scheu vor ihren übernatürlichen Kräften. Die schließliche Rückkehr der französischen Armee aus Syrien hatte die hiesigen Politiker annehmen lassen, daß die Truppen in Rom diesem Beispiel folgen würden. Ich habe Ihnen schon in meinem letzten Briefe geschrieben, von welcher Seite aus das Gerücht von der Befreiung Roms und dem Einmarsch italienischer Truppen verbreitet worden. Diese Nachricht ist jedenfalls verfrüht. Die Verhandlungen zwischen Paris und Turin haben noch nicht zu jener schließlichen Verständigung geführt, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die französische Regierung sehr genau weiß, daß der Papst unter keiner Bedingung einem solchen Auskunftsmittel wie die gemeinschaftliche Besetzung der ewigen Stadt seine Zustimmung geben würde. Man wünscht aber auf jede mögliche Weise den freien Willen des Papstes respektirt zu sehen, ebenso wie man durchaus seine etwaige Entfernung aus Rom vermeiden will. Wie ich vernehme, hat dagegen das hiesige Kabinet dem Grafen Cavour die Zusammenziehung der italienischen Truppen in Süditalien angerathen; bekanntlich meldeten die Turiner Blätter vor wenigen Tagen eine solche Bewegung der in Norditalien aufgestellten Armee. Napoleon hat gewissermaßen der Turiner Regierung gegenüber die Garantie für die Erhaltung des Friedens übernommen und, wie man sagt, die unnachsichtliche Unterdrückung jeder reaktionären oder revolutionären Bewegung in Neapel und Sicilien angerathen.

Während der Kaiser seinem Alliirten derartige strenge Maaßregeln anempfiehlt, beabsichtigt er in Frankreich selbst die strenge Führung der Zügel ein wenig zu lockern. Man erwartet, daß in diesen Tagen dem Staatsrath ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, welcher die Preßgesetzgebung etwas mildern soll, indem der Para-

graph, nach welchem die zweimalige gerichtliche Verurtheilung die Unterdrückung des Blattes nach sich zieht, aufgehoben wird. Man wird natürlich mit Genugthuung die Beseitigung einer so harten und ungerechten Bestimmung in Frankreich begrüßen, allein man verkennt auch keineswegs, wie sehr weit man auch selbst dann noch von der eigentlichen Preßfreiheit entfernt ist, wo an die Stelle des eigenmächtigen Verfahrens der Minister das Gesetz tritt. Ich erfahre indessen so eben, daß die in dieser Sache zu erwartenden Reformen etwas weiter gehen werden, und glaube ich mittheilen zu können, daß der betreffende Vorschlag bereits dem Staatsrath zugegangen ist. Die Bestimmungen sind folgende: Eine Zeitung kann erst nach einer dreimaligen gerichtlichen Verurtheilung unterdrückt werden, während bekanntlich bisher zwei Entscheidungen genügten; ferner aber wird die Unterdrückung nur in dem Falle ausgesprochen werden, daß die Vergehen in der That bedeutender Art, eine Ueberschreitung der politischen Gesetze, oder Verläumdung sind. Handelt es sich um geringere Vergehen, so tritt die ganze Strenge des Gesetzes nicht ein, d. h. die Aufhebung wird nicht ausgesprochen. Bedeutender ist der zweite Punkt, demzufolge die Zeitungen wie früher den Avertissements unterworfen bleiben, die Unterdrückung derselben indessen nicht mehr von dem Minister, sondern von den Gerichten ausgesprochen wird. Diese Veränderung ist wesentlich, wenn, was anzunehmen ist, den Gerichten die Verurtheilung nicht obligatorisch aufgelegt wird. — Man erwartet eine neue Steuer, welche die Streichhölzer treffen wird; nach dem Projekte dürfte diese Steuer einen jährlichen Ertrag von 29,200,000 Franken abwerfen; bei dieser Berechnung hat man einen Verbrauch von vier Streichhölzern pro Person täglich veranschlagt. Die Höhe der Steuer würde für Zünder aus Holz 40 Cent. = 3 Sgr., für Wachskerzen 80 Cent. = 6 Sgr. 10 Pf. pro Tausend betragen. — Die Gesandten der südlichen Staaten Amerika's sind hier eingetroffen, um die Anerkennung des Bundes Seitens Frankreichs zu bewirken. Später werden sie sich nach Deutschland und Rußland begeben in derselben Absicht. Ich glaube Ihnen mitgetheilt zu haben, daß der Kaiser dem englischen Ministerium eine gemeinschaftliche Intervention zwischen den beiden sich feindlich gegenüberstehenden Staatengruppen vorgeschlagen hatte. Diese Intervention ist gescheitert, da einmal England die darauf bezügliche Proposition sehr kühl aufgenommen hatte, und vor Allem Präsident Lincoln sich energisch gegen jede Vermittelung Seitens monarchischer Staaten ausgesprochen hatte.

Paris, 14. Mai. [Rückkehr des Prinzen Napoleon.] Zum größten Erstaunen der Pariser ist Prinz Napoleon nach der Abwesenheit weniger Tage schon wieder hier eingetroffen; seine Journale meldeten am Morgen noch mit dem gewöhnlichen Aufwande von Lügenhaftigkeit den Jubel, mit welchem der Prinz in der Schweiz empfangen worden sei, und am Abend schon war ihr großgünstiger Gebieter wieder bei erwünschtem Wohlsein im Palais Royal eingetroffen und schlief recht behaglich in demselben Gemach, in welchem einst der Duc d'Aumale, sein überseeischer Freund, zur Welt kam. Als der Prinz von hier abreiste, erzählte man sich, es sei geschehen, um dem lästigen Besuche einiger Marschälle und Generale auszuweichen, welche sich mit ihm über die schriftstellerischen Versuche des Duc d'Aumale unterhalten wollten, um die eigentlichen Absichten Sr. kaiserlichen Hoheit kennen zu lernen. Offenbar hatten einige Leute die Motive des prinzlichen Ausfluges nach der Schweiz, die offenbar nur auf Inspizirung der Milchwirthschaft in Prangis gingen, völlig mißverstanden; denn am selben Tage noch reiste der Duc d'Aumale in aller Eile und inkognito von London ab, nahm unterweges den General Changarnier mit und ließ sofort seine Ankunft in Prangis ansagen. Leider erhielt er auf diese Höflichkeit durchaus nicht die entsprechende Antwort, nicht einmal eine Empfangsbescheinigung; denn der Prinz hielt es für gut, sofort wieder über die kaiserliche Grenze zurückzukehren und in Paris anzukommen. Nach diesen Vorgängen rechnen denn die Pariser den Prinzen zu dem Geschlecht der Pachydermen. (N. P. Z.)

— [Erklärungen gegen Guizot.] Die Bewegung, welche durch die Vertheidigung der weltlichen Macht des Papstes Herr Guizot in den protestantischen und reformirten Kreisen Frankreichs hervorgerufen hat, ist noch nicht zu Ende. Es sind wieder verschiedene Verwahrungen gegen das bekannte Auftreten Guizots in dieser Sache eingelegt worden. In der von Mühlhausen findet sich die Erklärung, der berühmte Redner habe nicht allein die weltliche Macht des Papstes mit der Sache des Christenthums verwechselt, sondern auch eine religiöse Veranlassung und Versammlung dazu benutzt, um politische Ideen an den Tag zu legen. Eine solche Vermischung sei dem Geiste des Christenthums wesentlich zuwider. „Die unterzeichneten Pastoren des reformirten Konsistoriums von Mühlhausen glauben es deshalb ihrem Gewissen, der Landesregierung und der öffentlichen Meinung schuldig zu sein, jede Solidarität in dieser Sache mit Herrn Guizot abzulehnen, dessen Worte sie tief betrübt haben." Die Pastoren Monod und Grandpierre haben ähnliche Erklärungen abgegeben.

— [Tagesbericht.] Heute Nachmittags um 4 Uhr hielt der Kaiser auf den Longchamps des Bois de Boulogne die Revue über die kaiserliche Garde ab. Es waren dort ungefähr 20—22,000 Mann Fußvolk, Reiterei und Artillerie versammelt. Das Wetter war günstig, und eine zahllose Menschenmenge wohnte dem militärischen Schauspiele bei. Es wurden Manöver im Feuer ausgeführt und eine italienische Schlacht nachgebildet. — Heute begann im Senat die Diskussion über die Petitionen, welche Maaßregeln verlangen, um die Rückkehr der Metzeleien in Syrien zu verhindern. Der Herren Baroche und Billault hatten sich im Namen der Regierung eingefunden. In dem Kommissionsberichte wird der einfache Uebergang zur Tagesordnung verlangt. Der Marquis de la Rochejaquelin bekämpft dieselbe und verlangt die Uebergabe der Petitionen an den Minister des Aeußern. Die weitere Diskussion war ziemlich stürmisch. Die näheren Einzelheiten fehlen noch. Ollivier, Jules Favre, Darimon und Hénon (die republikanische Opposition des gesetzgebenden Körpers), die zum Budget ein Amendement gestellt haben, worin sie die Reduktion der geheimen Polizeiausgaben von 2 auf 1 Million verlangen, werden bei dieser Gelegenheit wieder das Gesetz der allgemeinen Sicherheit zur Sprache bringen und dessen Abschaffung fordern. — Dem Seinepräfekten Haußmann steht ein neuer Sturm bevor. Im Senate ist neulich eine Bittschrift eingereicht worden, welche sich gegen die außerordentlichen Gewalten des Seinepräfekten, die durch das Dekret vom 11. Januar noch vergrößert wurden, mit ungewöhnlicher Energie ausspricht und die Abschaffung dieses Ausnahmezustandes beantragt. — Von offiziöser Seite her widerlegt man das Gerücht von einer Revision des Prozesses, zu dem die Erbschaft des Prinzen von Condé 1830 Anlaß gab. — Von den 45 Millionen, welche für Arbeiten von allgemeinem Nutzen ausgegeben werden sollen, sind 4,000,000 Frs. dem Kriegsministerium zur Umgestaltung gewöhnlicher Gewehre in gezogene zugewiesen. — Herr v. Talleyrand hatte gestern eine lange Audienz bei dem Kaiser. — Die Türkei verlangt auch gezogene Kanonen mit zugehöriger Munition für ihre Armee in Rumelien von Frankreich. Man soll hier nicht abgeneigt sein, diesem Verlangen zu willfahren, doch heißt es, nur gegen gewisse Zugeständnisse in der syrischen Frage. — In Saigun wird jetzt ein französischer Bischof eingesetzt; man hat sich deshalb bereits an Rom gewandt. — General Montauban ist aus China abgereist, um nach Frankreich zurückzukehren. — General Goyon hat in Folge der Abreise Franz' II. und seiner Gemahlin nach Albano die dortige Garnison verstärkt. — Die „Patrie" bestätigt die Nachricht, daß man beabsichtigt, Rovigo und Padua zu befestigen. — Das „Pays" beschwert sich über verschiedene Unbilden und Mißhandlungen, welche mehreren Franzosen von Seiten der Piemontesen in Neapel zugefügt worden sein sollen, und die zu Reklamationen des französischen Konsuls Soulange-Bodin geführt hätten. Unter Anderm sei ein junger Franzose, Baurel, auf die brutalste Weise ins Gefängniß geworfen und mit Stockstreichen mißhandelt worden.

Paris, 16. Mai. [Die Räumung Syriens.] In der gestrigen Sitzung des Senats erklärte Billault, Frankreich werde, da England eine Verlängerung der Okkupation Syriens nicht wolle, dasselbe am 5. Juni räumen. Sollte der Abgang der Truppen bedauerliche Konsequenzen haben, so werde dies in der Mißachtung der französischen Rathschläge seinen Grund haben. Europa wolle die Räumung, nicht Frankreich. Der Minister theilt mit, daß nach dem Abgange der Truppen sechs französische Schiffe in den Gewässern von Beyrut kreuzen werden und hofft, daß diese den Meuchlern Schrecken einflößen werden. England, welches dies wisse, schließt sich Frankreich an. Seine Flagge werde neben denen Frankreichs und Rußlands wehen. Sollte die Nothwendigkeit es erheischen, so werde man andere Maaßregeln treffen. Nach Vorlesung des Thouvenel'schen Zirkulars vom 3. Mai fügt Billault hinzu, Frankreich sei von dem europäischen Mandate befreit, habe aber seine ganze persönliche Freiheit wiedererlangt. Der Senat votirte die Tagesordnung. — Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Marseille vom gestrigen Tage melden Beyruter Briefe einen Angriff auf französische Soldaten. Die schuldigen Türken erhielten vor den Truppen die Bastonade. (Tel.)

Belgien.

Brüssel, 14. Mai. [Aus der Kammer.] Die Kammer ist endlich heute mit der Diskussion des Bautengesetzes zum Schlusse gediehen und hat dasselbe im Gesammtvotum mit 71 gegen 5 Stimmen genehmigt. — Der Minister des Innern hat eine Kreditforderung von 225,000 Fr. eingebracht, um die Uebermittelung belgischer Industrieerzeugnisse nach der englischen Weltausstellung zu begünstigen. Unter den einzelnen Posten der gleichfalls von Herrn Rogier eingebrachten Kreditvorlage für Kunst und Wissenschaft befindet sich eine Summe von 38,000 Fr. für den Ankauf der Bibliothek des verstorbenen Naturforschers Johannes Müller in Berlin. (K. Z.)

Schweiz.

Bern, 13. Mai. [Der liberale Verein zu St. Gallen; Stimmung in Genf; das Brandunglück in Glarus.] Der liberale Verein der Stadt St. Gallen hielt eine sehr stark besuchte Versammlung ab, in welcher man feurig sprach und sich begeistert gelobte, den Jesuitismus bis aufs Messer zu bekämpfen. Es wurden mehrere Beschlüsse gefaßt: den muthvollen Minderheiten in den Schicksalsbezirken wird der Dank des Vaterlandes ausgesprochen; die Protestanten, welche eine Wahl angenommen haben, um sich zu jesuitischen Zwecken mißbrauchen zu lassen, werden als Vaterlandsverräther erklärt; das Komité wird beauftragt, Alles anzuwenden, damit ein gerechter Wahlmodus hergestellt und die Verwandlung des Kantons in eine Jesuitenprovinz verhindert werde. — In Genf hat der Handel, besonders der Kleinhandel, seit der Annexion Savoyens durch die Einführung der freien Zone bedeutend gelitten; wenn aber die französische Regierung glaubt, dadurch die Genfer mürbe zu machen, so irrt sie sich gewaltig. Die Genfer haben gründlicheren Abscheu als je vor einer Einsperrung in das große kaiserliche Gefängniß. Die Stadt macht eine Anleihe von 2,770,000 Franken, um eine sechste Brücke über die Rhone, ein neues Theater, ein Stadthaus und ein Akademiegebäude zu errichten. — Das furchtbare Brandunglück, welches das freundliche, gewerbreiche Glarus betroffen hat, ist durch unvorsichtige Aufbewahrung eines Glättofens entstanden, und das Feuer wurde durch den heftigen Föhnsturm mit so rasender Schnelligkeit verbreitet, daß in 3 Stunden 242 Häuser in Asche lagen. Nur ein Drittel des blühenden Fleckens steht noch; Kirche, Rathhaus, Gerichtshaus, Post, Gasthöfe, kurz der Haupttheil ist abgebrannt. Glücklicherweise sind den Arbeitern alle größeren Fabriken bis auf eine geblieben. Augenzeugen schildern die Nacht als grauenhaft. Anfangs übersprangen die Flammen ganze Häusergruppen, welche dann von mehreren Seiten erfaßt wurden. Ein beständiger Feuerregen stürzte in und außer dem Orte nieder. Dazu das Jammern und Schreien der Frauen und Kinder, das Herumrennen von Pferden und Rindern, das Niederkrachen der Balken und Mauern. Sehr viele Menschen hatten nicht die Zeit, Kleider anzuziehen und mußten im Hemde flüchten; 3000 Menschen sind obdachlos und ohne Habe. Die von allen Seiten, zum Theil weit herbeigeeilten Spritzen konnten der ungeheuren Hitze wegen das Feuer nicht erreichen; am meisten wirkten noch die Rappersweiler. Drei Personen sind todt, viele verwundet; acht werden noch vermißt. Nachbarliche Hülfe, besonders aus Zürich, ist sofort in großartiger Weise geleistet worden; es gingen ganze Waggons mit Lebensmitteln, Kleidern und Betten ab und starke Geldsammlungen sind in den ersten Tagen schon veranstaltet worden. Zu den dringendsten Arbeiten hat Zürich auch ganze Abtheilungen von Bau- und Handarbeitern gesandt. Der fortdauernde Föhn drohte auch den Rest des Fleckens zu vernichten. Der Anblick des Brandfeldes soll erschütternd sein. Glarus ist jetzt der Schweiz, was einst Hamburg Deutschland; möge jenes auch durch deutsche Liebesspenden erfreut werden, wie es diesem nicht an schweizerischen mangelte. Der Schaden wird auf 3 Mill. geschätzt. (N. Z.)

Italien.

Turin, 13. Mai. [Kleine Notizen.] Die „Perseveranza" meldet: „Nachdem die persönliche Sicherheit in Sicilien gefährdet ist, beschloß die Regierung, noch eine Brigade dahin abzusenden." — In Modena und seiner Umgebung ist in der Nacht vom 5. bis 6. Mai der Schnee zehn Centimeter hoch gefallen; stärkere Schneefälle pflegen in jener Gegend auch im Winter nicht vorzukommen; dabei wehte ein heftiger Sturm, und viele Baumzweige wurden gebrochen. — Es wird wieder von einem größern Feuerspeien des Vesuvs berichtet. Seit dem 19. Dezember 1855 dauern die Eruptionen bald stärker, bald schwächer an; eine so starke wie die jüngste Eruption ist lange nicht beobachtet worden.

— [Anhänglichkeit des piemontesischen Klerus an den Papst.] Man schreibt der „Gazette de France" aus Rom: Der gelehrte Archäolog, der mit den Ausgrabungen in Ostia beauftragt ist, kam neulich zu dem Papst, um Geld für seine Arbeiten zu verlangen. Ich habe nichts Ueberflüssiges, antwortete der heilige Vater; denken Sie doch daran, daß ich von Almosen lebe. Ach, fuhr er fort, ich habe vielen Kummer, aber doch auch manchen Trost. Rathen Sie z. B., was in diesem großen Korbe ist? Es sind die Gaben vieler piemontesischen Geistlichen. Sie sind arm, können Nichts geben, und haben deshalb das Gelübde gethan, keine silberne Schuhschnallen mehr zu tragen, sondern sie mir zu schicken. Der Papst öffnete den Korb, und man sah Tausende von silbernen Schnallen, von denen verschiedene Paare seit mehr als zweihundert Jahren sich in den Familien vererbt hatten.

Rußland und Polen.

Petersburg, 11. Mai. [Beschlagnahme von Pulver; Heuschrecken.] In einem Dorfe des Gouvernements Perm, Jclowa, ist auf einem Jahrmarkt eine Ladung von 10 Pud (400 Pfund) Pulver entdeckt und angehalten worden. Die Führer waren Bauern und die Untersuchung ist eröffnet worden. Leider wird man sich wohl auf diese kurze Notiz beschränken müssen, die sich zufällig in eine hiesige Zeitung verirrt hat, obgleich es unter den heutigen Umständen gewiß doppelt interessant wäre, zu erfahren, auf welchem Wege eine Ladung Pulver für Privatleute so tief in das Innere Rußlands gekommen ist. — Aus Bessarabien wird berichtet, daß dort die Heuschrecken auf 45,000 Dessätinen ihre Eier niedergelegt haben. Auch aus den Gouvernements Kiew, Poltawa und Podolien wird Aehnliches gemeldet, und es ist also sehr zu befürchten, daß in diesem Jahre ganz West-Rußland heimgesucht werden wird, ja vielleicht dehnen sich die Verwüstungen bis über seine Grenzen aus. (Schl. Z.)

— [Die Bauernunruhen in Kasan; die Studenten.] Der Stolz, den wir Alle bis jetzt gefühlt, daß keinerlei Unruhen das große Werk der Bauernemanzipation entweihen würden, ist nicht mehr am Platze; den kleinen, wirklich unbedeutenden Vorgängen auf einzelnen Edelhöfen sind jetzt erhebliche Ruhestörungen in Kasan gefolgt, und da die ersten Nachrichten von 60 im Kampfe gegen das Militär gefallenen Aufständischen sprechen, so zeigt sich jetzt, daß die Gerüchte von dem Vorhandensein sehr bestimmter Befehle, jede irgend ernstlich auftretende Bewegung sofort niederzuschlagen, vollkommen gegründet waren. Ueber die nächste Veranlassung, den Charakter und die Ziele der Kasan'schen Unruhen weiß man hier wohl nur in den höchsten Regionen etwas Genaues. Das Publikum befindet sich vor der Hand noch in vollständigster Unwissenheit und die näheren Umstände werden wir auch so bald nicht erfahren. In welcher Effervescenz sich aber die Gemüther hier befinden, beweist, daß die Studenten auf die erste Nachricht von 60 Gefallenen sofort eine Messe für dieselben singen ließen, und zwar in der Voraussetzung, daß bei einem Kampfe mit dem Militär auch Studenten der Kasan'schen Universität gefallen sein müssen! Das ist allerdings möglich, aber die Voraussetzung der Gewißheit doch immer ein seltsames Zeichen des Geistes, der jetzt auf unsern Universitäten herrscht. Unsere Studenten sind der Zeit immer um hundert Werst voraus und konstruiren sich ihren Staat aus dem Cicero, übersehen aber, daß unsere Muschiks keine römischen Bürger sind. Vor einigen Tagen hat man bei polnischen Studenten unserer Petersburger Universität ein Depot von Gewehren gefunden. Das sieht denn doch wirklich nach etwas mehr als Ciceronianischen Ansichten „de officiis" aus. Man hat den Vorgang zu verheimlichen gesucht, aber wie wäre das bei unseren quecksilbernen jungen Leuten möglich! (N. P. Z.)

Warschau, 14. Mai. [Unfug in der Junkerschule zu Modlin; Polizeiliches; Gen. Adjutant v. Kotzebue.] Kürzlich hat auch die Junkerschule in der Festung Modlin, welche die Militär-Bildungsanstalt für diejenigen jungen Edelleute ist, welche die Kadettenhäuser nicht besuchten, und die meist nur junge Polen enthält, in ihren Räumen patriotische Lieder gesungen, und mancherlei Unfug getrieben. Man hat diese jungen Herren aber bald zur Ordnung gebracht, der sie sich auch, aus Furcht nach Hause geschickt zu werden, bald fügten. — Der Oberpolizeimeister, Obrist v. Rozwadowski, macht bekannt, daß, weil die Ordnung seit dem Erlaß vom 9. v. M. nicht gestört worden sei, das Verbot des Ausgehens ohne Laternen nach 10 Uhr Abends auf ausdrücklichen Befehl des Fürsten-Statthalters aufgehoben ist. — Der Generaladjutant v. Kotzebue, bisheriger Chef des Generalstabes der aktiven Armee, ist seiner Stelle enthoben und auf ein Jahr ins Ausland beurlaubt worden. An seine Stelle ist General Krzyzanowski, und an die Stelle des vom 27. Februar her bekannten General Zabolocki der General Hahn getreten. Mit dem schnellen Austritt und der bereits heute erfolgten Abreise des Generaladjutanten v. Kotzebue nach dem Auslande soll es eine eigene Bewandtniß haben. Bekanntlich haben die Generaladjutanten das Recht der direkten Berichterstattung an den Kaiser. In einem dieser Berichte soll etwas enthalten gewesen sein, was den Kaiser bewog, dem Fürsten Gortschakoff Urlaub auf längere Zeit ins In- und Ausland zu ertheilen. Auf eine Reklamation des Fürsten gegen diesen Urlaub hat sich nun, wie es scheint, das Blatt gewandt, und dem Chef des Generalstabes (der von sämmtlichen deutschen Offizieren sehr bedauert wird, denn er ist ein Ehrenmann im vollsten Sinne des Worts) ist der Urlaub geworden. Es geht hieraus hervor, daß die frühere Nachricht von Beurlaubung des Fürsten-Statthalters nicht unbegründet war, sondern nur zurückgenommen worden ist. (Ostf. Z.)

— [Verwaltungsreformen; Personalien; Brückenbau ꝛc.] Im Amtsblatte findet sich eine bereits von Wielopolski mitunterzeichnete Verordnung des Administrationsrathes, wodurch alle Fonds, die für Zwecke des Kultus und des Unterrichts sowohl im Budget des Königreichs als aus andern Quellen angewiesen sind, ferner die Fonds des vormaligen Warschauer Lehrbezirks und der Kultusabtheilung des Ministeriums des Innern der neu errichteten Regierungskommission der Kulte und des Unterrichts zur Disposition gestellt und überwiesen werden. — Unter den in diesen Tagen hier angekommenen höherstehenden Persönlichkeiten befinden sich die Generallieutenants Rudanowski und Bartholomej, so wie der Ingenieurgeneral Kerbedz. — Unser Brückenbau schreitet rüstig vorwärts, sowie auch auf dem Strome seit dem jüngsten Steigen des Wasserstandes in Export und Import eine lebhafte Thätigkeit herrscht. (Schl. Z.)

Asien.

— [Neueste Ueberlandpost.] Der Lloyd-Dampfer „Neptun" brachte die ostindisch-chinesische Ueberlandpost mit Nachrichten aus Bombay bis zum

12. April, Kalkutta, 10. April, Singapore, 8. April, Batavia, 2. April, Schanghai, 23. März, Hongkong, 1. April, nach Triest. Berichten aus Saigun vom 30. März zufolge war die französische Expedition nach Mitho noch nicht abgegangen, doch wurden Vorbereitungen dazu getroffen. — Die Bevölkerung der überschwemmten Bezirke auf Java ist nach ihren Wohnstätten zurückgekehrt, und es scheint, daß sie sich ziemlich rasch über ihre Verluste getröstet hat. — Ueber die Verwüstungen, welche das Erdbeben auf Sumatra am 18. Febr. angerichtet, liegen nunmehr nähere Mittheilungen vor. — Die französische Dampf-Fregatte „Gironde" ist mit dem siamesischen Gesandten an Bord am 27. März in Singapore eingetroffen und hat am 3. April ihre Fahrt nach Suez fortgesetzt. — Aus dem Norden von China wird gemeldet, daß in Peking große Verwirrung herrsche und daß nur die rasche Rückkehr des Kaisers der Unordnung steuern könne. Doch war über dessen Absichten in dieser Beziehung nichts Zuverlässiges bekannt, und es verlautete sogar von einem Projekte, den Hof und die Regierung nach Schensi zu verlegen. — Aus Tientsin, 14. März, wird gemeldet, daß die Gesandtschaften in ungefähr zehn Tagen nach Peking aufbrechen sollen. Man glaubte, die französisch-englischen Truppen würden den Platz wohl noch ein Jahr besetzt halten. — Die Yang-tse-kiang-Expedition ist in Hankow eingetroffen. Man fand, daß der Fluß bis zu diesem Platze für Fahrzeuge schiffbar sei, die 20 Fuß tauchen. — Ein provisorisches Reglement für den britischen Handelsverkehr auf diesem Flusse ist bereits erlassen.

Amerika.

Newyork, 30. April. [Die Lage; Protest aus Hayti.] Die telegraphische Verbindung zwischen Washington und Newyork ist wiederhergestellt. 18,000 Bewaffnete stehen gegenwärtig in der Hauptstadt und decken sie gegen feindlichen Angriff. Die Besorgnisse vor einem sofortigen blutigen Zusammenstoß haben sich gelegt. — In Baltimore hat die Stimmung angefangen, zu Gunsten der Union umzuschlagen, und auf dem Zollamte ist die alte Vereinsflagge wieder aufgezogen worden. — In der Legislatur von Maryland ergab sich bei der Probeabstimmung eine Majorität von 38 Stimmen gegen Loslösung von der Union. Sonst wird im Norden sowohl wie im Süden mit ungeschwächter Energie gerüstet. — Der Gouverneur von Virginien hat eine Proklamation erlassen, in der er sämmtliche Militärkompagnien auffordert, sich ruhig zu Hause zu verhalten, bis sie von den kompetenten Behörden aufgefordert werden. — Derselbe Gouverneur hat, laut Berichten aus Washington, dem Präsidenten Lincoln zu wissen gethan, er werde keinen Truppen des Sonderbundes den Durchmarsch durch seinen Staat Behufs eines Angriffs auf die Hauptstadt gestatten. — Die Konvention von Tennessee soll sich für Losreißung von der Union ausgesprochen haben. — Man erwartet, daß im Distrikt Kolumbia binnen wenigen Tagen der Belagerungszustand proklamirt werden werde. — Authentischen Mittheilungen zufolge, ist dem Gouverneur von Virginien durch den Präsidenten Lincoln bedeutet worden, daß, wofern weitere Truppenbewegungen der Sonderbündler nördlich von Richmond stattfinden sollten, Norfolk und Richmond unverzüglich durch die Truppen der Ver. Staaten angegriffen werden würden. — Der Newyorker „Herald" veröffentlicht einen Brief aus San Domingo, demzufolge der Gouverneur von Haity gegen die Besitzergreifung von Seiten Spaniens protestirt hat.

— [Rüstungen.] Die Regierung trifft die umfassendsten Vorbereitungen zu einem großartigen Feldzuge. Im Osten wird wahrscheinlich eine große Kolonne von Washington nach Richmond und darüber hinaus vordringen sollen, im Westen eine zweite Kolonne, die sich in Kairo bildet, den Mississippi hinab. Die Zeit der schnöden Transaktionen ist hoffentlich vorüber, obschon noch jetzt die Expräsidenten Pierce, Tyler, Buchanan, Fillmore und Van Buren einen Versuch machen wollen, sich mit Friedens- und Versöhnungsvorschlägen zwischen das Volk und seinen Grimm zu drängen. — Der Präsident hat die Blokade auch über die Häfen von Nord-Karolina und Virginien ausgedehnt. Es können noch einige Wochen vergehen, ehe er genug Kriegsschiffe zur Verfügung hat, um die Blokade in Kraft zu setzen, dann aber wird es geschehen. Mittlerweile schwärmen schon Kaperschiffe der Rebellen umher. Die Antwort auf die von ihnen zu verübenden Räubereien wird in einer gründlichen Ausplünderung der zu erobernden südlichen Städte, in Konfiskation des Vermögens der Rebellen und in Sklavenaufständen bestehen. — Der Präsident hat, um die enormen Wehrkräfte, welche sich seit 14 Tagen angeboten haben, in wirksamer Weise zu verwenden, beschlossen, 40,000 Freiwillige auf 3 Jahre, 25,000 auf 5 Jahre der regulären Armee und 18,000 Mann dem Marinekorps einzuverleiben. Dies ist ohne die 75,000 Mann Volkswehr, welche durch die Proklamation vom 15. d. M. aufgeboten sind. Zu der temporären Vermehrung der Armee und der Flotte ist die Zustimmung des Kongresses erforderlich, die aber ohne Zweifel erfolgen wird. Ein schweres Geld wird die Unterwerfung des Südens allerdings kosten, allein selbst wenn dann die Union mit so viel Schulden, als Preußen jetzt hat, aus dem Kampfe hervorgehen sollte, — wäre der Preis zu hoch für die dauernde Vernichtung der Sklavenhalter-Oligarchie, für die Wiedergeburt der Nation und die Verwirklichung der Grundrechte, die bisher in 15 Staaten des Bundes ein todter Buchstabe waren? (N. Z.)

Newyork, 2. Mai. [Neuestes.] Der Staatssekretär hat die Aufnahme einer Anleihe im Betrag von 14 Mill. Doll. beschlossen. Ein Angriff auf Washington wird weiter nicht befürchtet. Jefferson Davis' Botschaft an den Kongreß von Montgomery war am 29. April übergeben worden. Er erklärt in derselben, daß der Süden sich bis zum Aeußersten gegen jede Unterdrückung vertheidigen werde. — Die Briefe, die aus Amerika eintreffen, zeigen schon auf ihren Kuverts die dortige Zerrissenheit. Auf den aus dem Norden kommenden findet sich die alte Devise der Vereinigten Staaten, doch sind aus der Flagge so viel Sterne ausgestrichen, als Staaten abgefallen sind. Ein Gleiches, aber in umgekehrtem Verhältnisse, zeigt sich noch auf den Devisen des Südens.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 16. Mai. [29. Sitzung.] Im Herrenhause kamen heute vier Petitionen theils wegen Baues einer Eisenbahn von Königsberg nach Pillau, theils wegen Baues einer Eisenbahn auf dem rechten Oderufer zur Tagesordnung; ferner ein Bericht über einen Gesetzentwurf, betreffend die Anlegung von Hypothekenfolien für Gerechtigkeiten zur Gewinnung von Stein- und Braunkohlen in den ehemals königl. sächs. Landestheilen; dann ein Bericht der Staatsschuldenkommission über den Stand derselben am Schlusse des Jahres 1859. Alle diese Gegenstände fanden ohne jede Diskussion in Uebereinstimmung mit den Kommissionsanträgen schnelle Erledigung. Aus einem Petitionsberichte, der dann folgte, gab nur eine Petition des Direktors der Ritterakademie zu Brandenburg Anlaß zur Debatte, an deren Schluß die Petition mit sehr geringer Majorität der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wurde. Bei der Petition des Grafen v. Kalkreuth, daß das Herrenhaus sich mißbilligend über das Verhalten der Regierung äußern möge, welches sie in der Macdonald'schen Sache an den Tag gelegt (s. unten), trat das Haus unter Ausdrücken der Entrüstung über das Verlangen des Petitionärs dem Antrage der Kommission bei. Zur nächsten Sitzung nach dem Feste wird der Präsident besonders einladen.

— Dem vierten Bericht der Petitionskommission des Herrenhauses entnehmen wir Folgendes: Eine aus der Umgegend von Sommerfeld dem Herrenhause eingereichte Petition wegen Nichtzulassung von Juden zu obrigkeitlichen Verrichtungen, schlägt die Kommission vor: der königlichen Staatsregierung „unter Bezugnahme auf die früheren Beschlüsse des Herrenhauses" zu überweisen. — In vier Petitionen von Rittergutsbesitzern aus der Provinz Posen wird Beschwerde geführt über angeblich ungesetzliche Heranziehung derselben zu Beiträgen für die Erhaltung der Elementarschulen. Der Vertreter der Staatsregierung gab in der Kommission die Erklärung ab: „Die Beschwerde hänge von der Frage ab, ob nach der bestehenden Gesetzgebung die Unterhaltung der Elementarschulen auch bei Schulverbänden in der Weise Kommunallast sei, daß die außer dem Gemeindeverbande stehenden Rittergutsbesitzer der Provinz Posen nicht als Hausväter des Ortes zu Beiträgen herangezogen werden könnten, sondern nur zu den Leistungen verpflichtet seien, welche ihnen nach dem Allgemeinen Landrecht Thl. II. Tit. 12, §§. 33 und 36, so wie nach den neueren Gesetzen über die Armenpflege oblägen. Der Minister habe diese Behauptung der Petenten als gesetzlich begründet nicht ansehen können, wünsche indeß die Angelegenheit grundsätzlich erledigt zu sehen, und werde daher, da es auf rechtliche Beurtheilung ankomme, der Beschreitung des Rechtsweges durch Konfliktserhebung nicht entgegentreten." Die Kommission betrachtet auch ihrerseits den Gegenstand der Beschwerde als eine zur richterlichen Entscheidung geeignete Frage, und beantragt einstimmig: „über diese Petitionen mit Bezugnahme auf die von Seiten der k. Staatsregierung abgegebene Erklärung: den Gegenstand der Beschwerde der richterlichen Entscheidung nicht entziehen zu wollen, zur Tagesordnung überzugehen." — Am Schlusse ihres Berichts zeigt die Kommission an, es sei eine Petition des Rittmeisters a. D. Grafen Friedrich v. Kalckreuth eingegangen, worin das Herrenhaus gebeten wird, mit Bezug auf die von Lord Palmerston über den bekannten Fall des Kapitäns Macdonald im englischen Parlamente gehaltene Rede sich dahin auszusprechen, wie dasselbe unter Anerkennung der Behauptungen des englischen Ministers das Verfahren der preußischen Regierung mißbillige. Eine so unwürdige Zumuthung glaubt die Kommission nur dadurch gebührend zurückweisen zu können, daß sie die betreffende Petition gar nicht berathen hat und dem Herrenhause vorschlägt, eben so zu verfahren.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 16. Mai. [52. Sitzung.] Das Haus tritt in die neulich unterbrochene Berathung über den Entwurf, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen der Monarchie vom 30. Mai 1853. Es sind Abänderungsvorschläge von den Abgg. Waldeck und v. Forkenbeck eingegangen. — Die Diskussion beginnt mit §. 13. Abgeordn. v. Forkenbeck beabsichtigt mit seinem Abänderungsvorschlage die Beseitigung des Dreiklassensystems, die Wiedereinführung der Wahl nach Bezirken. Das Bedürfniß dazu ist vom Hause im Jahre 1859 bereits anerkannt; Befürchtungen, auch ohne Erhöhung des Census, können daran nicht geknüpft werden. Ob arm oder reich, hat jeder Wähler dasselbe Interesse; zu Agitationen wird sich der deutsche Bürger nicht hinreißen lassen, dafür bürgen die Erfahrungen seit 50 Jahren. — Abg. Reichensperger (Köln): Man ist überall damit einverstanden, daß das jetzige Wahlsystem mangelhaft ist; um so mehr ist es zu verwundern, daß bis jetzt noch kein besserer Vorschlag gemacht worden ist. Man kann doch einen Versuch machen, und die Besserung allmälig vornehmen. Auch meinem Vorschlage mögen Bedenken entgegenstehen. Der Hauptübelstand ist das Zurückdrängen der zweiten und dritten Klasse; daraus entspringt die Theilnahmlosigkeit der Wähler der dritten Klasse; darum ist ein Zuschub zur ersten Klasse wünschenswerth. Wenn man den Census von 4 auf 2 Thlr. herabsetzt, so wird dem Schlagworte Plutokratie die Spitze abgebrochen. Im Ganzen genommen bietet die erste Klasse keine so großen politischen Garantien; sachliche Garantien aber giebt die zweite Klasse eher als die erste. Das Gemeindewesen kann man nicht lediglich vom Standpunkt einer Aktiengesellschaft aus betrachten und nicht gerade Demjenigen, der am meisten zahlt, auch die größten Rechte einräumen. Nicht auf das Zahlen kommt es an, sondern auf das Verhältniß des Zahlens. Wer aus der Hand in den Mund lebt, kommt eher in die Lage, nicht bloß das Nothwendige, sondern auch das Nützliche zu befördern. Wir sind hier auch die Nachahmer von Frankreich geworden, wo die centimes additionnels zu einer großen Schuldenlast geführt haben. Um den Städten einen großartigen Anstrich zu geben, opfert man Tausende und gewöhnt sich daran, Schulden zu machen. Köln hat nicht weniger als zwei Millionen Thaler Schulden gemacht; diesen Weg muß man verlassen und das kann geschehen, wenn man der dritten Klasse mehr Einfluß giebt. — Abg. Dr. Waldeck: Zur Rechtfertigung des Forkenbeckschen Amendements mag noch hinzugefügt sein, daß das Wahlsystem im Jahre 1849 oktoyirt worden ist; alle Städte verlangen die Abschaffung dieses Wahlsystems, das künstlich und irrationell ist. Der neuen Einrichtung des Hrn. Reichensperger ist nicht beizustimmen; für das Prinzip würde Nichts gewonnen; der Gewinn für die Sache selbst wäre rein zufällig; ein so künstlich eingeschobener Mechanismus würde keine Besserung herbeiführen. — Der Minister des Innern Graf Schwerin: Das Haus ist formell zur Entscheidung über diese Frage berechtigt; die Regierung kann auf Anträge, die Abschaffung des Dreiklassensystems betreffend, nicht eingehen. Breslau und andere Städte haben sich gegen diese Beseitigung ausgesprochen. Die Regierung will die Verbesserung der Städteordnung herbeiführen; sie wird die Hände nicht in den Schoß legen; sie dankt für die eingehenden Erörterungen, welche nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen sind. — Abg. v. Vincke stimmt dem bei, was für die Verwerflichkeit des Dreiklassensystems gesagt worden; da aber eine Uebereinstimmung nicht erreicht werden kann, so muß man sich jetzt gegen die Amendements erklären. Die Annahme des Amendements Reichensperger werde dazu führen, daß die Ansichten, welche Herr Reichensperger vertritt, und die namentlich in der dritten Klasse Anhänger haben, Fortschritte machen werden. — Abg. v. Krosigk wird mit seinen politischen Freunden gegen die Amendements stimmen; sie werden an dem jetzigen System festhalten, bis etwas Besseres geboten wird.

Abg. Grabow: Trotz der Aufhebung des §. 5 kann man noch über §. 16 sprechen. Die Wiederherstellung des §. 5 stellt auch den Geist der Steinschen Gesetzgebung wieder her; warum man heute nicht die Bezirkswahlen mit dem Zensus verbinden kann, ist schwer zu begreifen. Die Städte haben von 1808—1853 so gewählt; dies Jahr fällt aber in eine Zeit, die alle beklagen. Ich bin ein entschiedener Feind der Abtheilungswahlen; aber die Bezirkswahlen können bestehen. Heute haben die Hauseigenthümer ein bedenkliches Uebergewicht. Ich bitte mit dem §. 13 auch den §. 16 anzunehmen, das Amendement Reichensperger ist nicht zu empfehlen. — Abg. Reichensperger (Köln) beklagt sich, daß man ihm fremde, nicht ausgesprochene Motive untergeschoben habe und namentlich Herr v. Vincke. — Abg. v. Forkenbeck: Alle mittleren und kleinen Städte verlangen die Abschaffung des Dreiklassensystems, die Bürger fühlen sich durch dieses System gedrückt. Diese Reform von der Hand weisen, ist ein Mißtrauen gegen die städtische Bevölkerung. — Der Minister des Innern rektifizirt, daß nicht alle Städte sich für die Reform ausgesprochen; diese Reform ist nicht zeitgemäß. Es genügt nicht, Mängel anzuerkennen, man muß Besseres an die Stelle zu setzen wissen. Die Diskussion über die §§. 13, 15 und 16 ist geschlossen. — Der Berichterstatter Abg. Duncker (Berlin) freut sich, daß der Minister Alles, was hier gesprochen, in Erwägung ziehen werde. Die Geschichte des Dreiklassensystems ist so dunkel, wie die der römischen Wahlen; man ist nicht im Klaren, ob dies System ein Werk von Juristen oder Generalen ist. — Abg. Reichensperger zieht sein Amendement in Folge der Erklärung des Ministers zurück. — Bei der Abstimmung wird das Amendement v. Vincke zum Alin. 1 des §. 16 eventuell angenommen. Das Alinea heißt: „Zum Zweck der Wahl der Stadtverordneten kann jede Stadt, welche mehr als 2000 Einwohner hat, in verschiedene Bezirke getheilt werden." Der §. 16 wird eventuell so angenommen; eben so §. 13; der §. 14 nach dem Amendement v. Forkenbeck: „Zum Zweck der Wahl der Stadtverordneten wird von dem Magistrat eine Liste der stimmfähigen Bürger geführt und alljährlich im Monat Juli berichtigt; der §. 15 (20 des Herrenhauses) wird auch angenommen und sodann diese §§. 13, 14, 15 und 16 in Gesammtabstimmung mit großer Majorität; der Minister Graf Schwerin bleibt sitzen. Der §. 17 wird ohne Diskussion angenommen. Zu §. 18 nimmt das Wort Abg. Reichensperger (Geldern); er protestirt gegen die Ausschließung der Geistlichen von der Wählbarkeit; ebenso müsse man auch Johanniterritter ausschließen. — Abg. v. Krosigk will, daß die Eingangsworte: „Jeder in der Wählerliste eingetragene Bürger ist wählbar" gestrichen werden. — Der Minister des Innern hat weder gegen die Vorschläge der Kommission, noch gegen den des Herrn Reichensperger etwas persönlich zu erinnern; es wäre ganz wünschenswerth, wenn Richter in der Stadtverordnetenversammlung wären; eben so Geistliche, das hängt aber von den Erwägungen des Kultus- und Justizministers ab. — Abg. Dr. Lette ist sehr für die Nichtausschließung der Richter; die frühere Regierung habe diese Kategorie ausgeschlossen, weil sie die unabhängige Intelligenz in der Stadtverordnetenversammlung fürchtete. Es ist auch kein Grund vorhanden, warum man Geistliche und Elementarlehrer ausschließen wolle; die Bürger mögen sich die Männer wählen, zu denen sie Vertrauen haben. — Abg. Mathis (Barnim) ist nicht der Meinung, daß die Geistlichen absolut nöthig sind in den Stadtverordnetenversammlungen, namentlich in kleinen Städten; nur dem Amendement Reichensperger könne man zustimmen. — Die Diskussion ist geschlossen. Der Berichterstatter spricht sich über die Amendements aus. Bei der Abstimmung wird das Amendement Krosigk angenommen; das zweite Amendement desselben Abgeordneten in Nr. 2, wird ebenfalls angenommen; Nr. 3 wird nach dem Amendement Reichensperger: Geistliche, Pfarrgeistliche u. s. w. angenommen; eine Nr. 6, wonach auch die richterlichen Beamten ausgeschlossen sein sollen (Amendement v. Krosigk), wird abgelehnt. Sodann wird der so amendirte §. 18 angenommen. Zu §. 19 hat Abg. Dr. Veit vorgeschlagen zu sagen: „Die Stadtverordneten werden auf sechs (anstatt drei) Jahre gewählt." Dr. Veit motivirt seinen Vorschlag; der Antrag wird angenommen; auch ein anderer Antrag desselben Abgeordneten zu sagen: „Alle zwei Jahre (statt jedes Jahr) scheidet ein Drittel der Mitglieder aus", wird angenommen und mit diesen Abänderungen der §. 19. Zu §. 20, 21 und 23 ist nur die Vorschrift, „bei dem vorhergehenden Gottesdienst auf die Wichtigkeit der Wahlhandlung" gestrichen worden, weil sie leicht zu konfessionellem Hader und zu einer unstatthaften Vermischung geistlicher und weltlicher Interessen führen kann. — Abg. v. Krosigk tadelt, daß diese Bestimmung, welche sich in der alten Städteordnung findet, weggelassen ist; man will heute den lieben Herrgott aus allen weltlichen Dingen weglassen. — Abg. Mathis (Barnim): Das ist sehr falsch; die Landtagswahlen sind feierlicher als die Stadtverordnetenwahlen, und auch diesen geht kein Gottesdienst vorher. — Abg. Eckstein: Die Anordnung des Gottesdienstes ist Sache der Geistlichkeit. — Die Diskussion ist geschlossen. Der Antrag v. Krosigk wird abgelehnt; die §§. 20, 21 und 22 werden ohne Diskussion angenommen, ebenso §. 23 mit einer Einschiebung hinter Deputirten „als Stellvertreter des Wahlbezirks". Es heißt also: der Wahlvorstand besteht in jedem Wahlbezirk aus einem von dem Magistrat ernannten Wahlvorsteher, einem von den Stadtverordneten ernannten Deputirten, als u. s. w. und 3 Beisitzern.

Die §§. 24 und 25 beabsichtigen, die geheime Abstimmung wieder einzuführen. — Abg. Reichensperger (Geldern): Wenn der Zweck der Wahl ist, die Wünsche der Wähler zur Geltung zu bringen, so kommt es vor Allem darauf an, diesen Zweck vollständig zu erreichen. Es handelt sich um Herstellung des alten politischen Rechts im Königreich Preußen, indem die geheime Abstimmung schon in der Städteordnung vom Jahre 1808 ausgesprochen ist; in den allerstürmischsten Zeiten hat sich diese Abstimmung bewährt. Friedrich Wilhelm III. hat dies Prinzip zur Geltung gebracht bei der Wahl zu kirchlichen Aemtern; alle Privatgesellschaften haben geheime Wahlen und nur in der oktroyirten Verordnung von 1849 sind zuerst die offenen Wahlen angeordnet, und die Erfahrungen, welche damit gemacht worden, sind noch in Aller Gedächtniß. Die Oeffentlichkeit ist geboten, wo es der Zweck erheischt; öffentlich beschließen kann man nicht überall, z. B. bei den Geschworenen, zu denen Niemand Zutritt hat, um sie vor allen Einflüssen zu schützen. Die Wähler müssen eine Garantie ihrer Unverantwortlichkeit haben, um ihre Schuldigkeit thun zu können. Dem Amendement Vincke ist nicht zuzustimmen. Wenn man auf England hinweist, so ist zu entgegnen, daß das englische Verwaltungssystem nicht das ist, was es bei uns ist. In England wird es keiner Regierung, welcher Partei sie auch angehören möge, einfallen, die Wahlfreiheit irgendwie zu beschränken, wenn auch mit 3 Stimmen Majorität das Oberhaus sich für die offenen Wahlen ausgesprochen hat. In Frankreich haben die Jakobiner die offenen Wahlen zur Geltung gebracht. Außer Preußen besteht nur noch in England und Schweden die offene Abstimmung; Frankreich ist nicht zu rechnen. In einem Werke Stahls wird von dem Einflusse der höheren auf die niederen Klassen gesprochen, aber diese Art von Einfluß ist verwerflich. Die Wahlen müssen der freie Ausdruck der Willensmeinung sein. (Bravo!) — Abg. v. Krosigk: Wir stimmen gegen das Amendement Reichensperger, obgleich darin die Verbesserung enthalten, daß mit geschriebenen Stimmzetteln abgestimmt wird. Im Allgemeinen giebt es freie Wahlen nicht; der Einfluß kommt entweder von oben oder von unten; der Einfluß von oben ist möglich, aber den Wühlereien von unten, welche die Folgen der geheimen Abstimmung sind, vorzuziehen. — Abg. Mathis (Barnim) ist für das Amendement Vincke, aber nur bedingungsweise für das Amendement Reichensperger. Es sei zu verwundern, daß Herr v. Krosigk nicht die von Reichensperger angeführte Schrift als eine Satyre desavouirt habe. — Abg. v. Vincke (Hagen) hat sein Amendement gestellt, um das Geheimniß der Abstimmung zu wahren; der Zettel soll ohne Kontrole geschrieben werden können; darum schlägt er vor: „Die Wahl der Stadtverordneten erfolgt durch verdeckte, im Wahllokale durch die Wähler zu beschreibende Stimmzettel. Schreibensunkundige lassen ihre Stimmzettel durch ein Mitglied des Wahlvorstandes im Wahllokale beschreiben." — Der Reg. Kommissar stimmt dem Prinzip des Abg. Reichensperger bei; er verfolgt keine unlauteren Zwecke. Die öffentliche Abstimmung ermöglicht eine Beeinflussung. Diese kann eine erlaubte und eine unerlaubte sein; die erlaubte, berechtigte kann nur durch die öffentliche Abstimmung erreicht werden. Die geheime Abstimmung wird nicht dazu beitragen, den politischen Charakter zu stärken. Durch die geheime Zettelwahl werden die Uebelstände, die beseitigt werden sollen, nicht beseitigt. Die Vorschrift, daß die Zettel die Unterschrift der Wähler nicht tragen sollen, ist unwirksam. Es ist ein Fortschritt, daß die öffentliche Abstimmung an Stelle der geheimen getreten ist; hier im Hause wird auch öffentlich abgestimmt. Die öffentliche Abstimmung ist ein sittliches Prinzip. — Abg. Waldeck: Die Abstimmung über ein Gesetz ist doch bedeutend verschieden von der Wahl. Die Fassung der Kommission ist die beste; das Vinckesche Amendement ist zu umständlich. — Abg. Burghardt erkennt an, daß es keinen absoluten Schutz für die Freiheit der Wahlen gebe; es kommt hier aber auf den relativ größten Schutz an. Bestehen kann man eben so gut bei der öffentlichen wie bei der geheimen Abstimmung. Ich bestreite aber dem Staat das Recht, Erziehungsprinzipe aufzustellen, wie sie der Reg. Kommissar geltend macht, er hat nicht das Recht, das Prinzip: „führe in Versuchung" aufzustellen. Will man, daß Jemand muthvoll für seine Ueberzeugung einstehe, dann fange man damit an, in dem Bürger Triebe zu erwecken, die zum Muthe führen.

Der Reg. Kommissar vertheidigt sich gegen die Angriffe der Abgg. Waldeck und Burghardt. — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. — Abg. v. Berg: Wir sind gar nicht in der Lage, die Frage, wie gewählt werden soll, zu beantworten, ehe die Frage, wer gewählt werden soll, nicht geregelt ist. Geht das Amendement Vincke durch, so wird Hr. Reichensperger einige Aussichten mehr haben, in der Stadt Köln gewählt zu werden. Die öffentliche Abstimmung schwächt die Achtung der Gemeinde und der Volksvertretung; die Kühnen haben ein Recht vor den Feigen geschützt zu werden; jetzt bildet sich die unterliegende Partei ein, sie würde bei einem andern Wahlmodus ihren Kandidaten durchgebracht haben, und so kommt die Mißstimmung, denn ein Jeder meint, die Vertretung sei nicht der Ausdruck der öffentlichen Meinung. Die praktische Seite der Diskussion liegt darin, daß das Haus sich erklärt, ob öffentliche, ob geheime Abstimmung; der Erfolg wird nicht augenblicklich sein, aber die Regierung wird nicht im Zweifel darüber sein, daß das Haus der Abgeordneten das jetzige Abstimmungssystem beseitigt wissen will; für heute ist es gleichgültig, welches Amendement angenommen würde. (Bravo!) — Ein abermaliger Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.

Der Berichterstatter bittet, daß die Antragsteller auf ihre Amendements keinen Werth legen möchten, da der Kommissionsvorschlag vollkommen den Zweck erreicht. — Abg. Reichensperger zieht sein Amendement zurück. Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Schultze (Berlin) und v. Krosigk wird bei der Abstimmung das Amendement Vincke angenommen; ein hieraus hervorgehendes Amendement Bockum-Dolffs, welches sich mit dem Wahlmodus beschäftigt und zum Theil den §. 25 ersetzt, wird abgelehnt. Der so amendirte §. 24 wird mit großer Majorität angenommen. Der §. 25 (absolute Stimmenmehrheit bei der Wahl) wird ohne Diskussion angenommen; ebenso §. 26. Zu §. 27 (Verkündigung der Wahlen, Bestätigungsrecht) wünscht Abg. Krieger, daß der Magistrat nur das Verkündigungs-, nicht aber das Bestätigungsrecht haben solle; der Berichterstatter hebt hervor, daß hier doch schon die Regierung herausgebracht worden, und an Stelle derer der Magistrat gestellt ist; das sei doch schon ein Fortschritt. Der §. 27 wird nach dem Kommissionsvorschlage angenommen. In §. 33 will Abg. v. Forkenbeck, daß die besoldeten Magistratsmitglieder nicht der Bestätigung bedürfen. — Abg. Dr. Veit hält den Unterschied zwischen besoldeten und unbesoldeten Magistratsmitgliedern für bedenklich und ungerechtfertigt. — Abg. Burghardt erklärt sich gegen das Bestätigungsrecht im Allgemeinen. — Der Regierungskommissar schlägt vor, die Abstimmung über diesen Paragraphen auszusetzen bis zur Abstimmung über §. 62. — Das Haus willfährt diesem Wunsche. Die §§. 36, 48 und 50 werden ohne Diskussion angenommen. Gegen Nr. 2 §. 56 spricht sich der Abg. Burghardt aus; er begreift nicht, was es heißen soll, der Magistrat sei verpflichtet, die Zustimmung und Ausführung von Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung zu versagen, wenn dieser Beschluß deren Befugnisse überschreitet oder sonst gesetz- oder rechtswidrig ist; es empfehle sich die Streichung des

(Fortsetzung in der Beilage.)

Alinea 2. — Die Abgg. Mathis (Barnim) und Burghardt streiten sich über diese Auffassung; das Haus nimmt den Paragraphen an; die Streichung wird vom Abg. Burghardt zurückgezogen. Die §§. 56, 57 und 62 werden angenommen, ebenso §. 33 und zwar mit den vom Abg. v. Forkenbeck beantragten Streichungen. Es bedürfen also nur die Bürgermeister und Beigeordneten der Bestätigung; die Bestätigung steht dem Könige zu hinsichtlich der Städte von mehr als 10,000 Einwohnern, der Regierung hinsichtlich der Städte nicht über 10,000 Einwohner. Die §§. 73 und 74 werden angenommen. Zu §. 76 nimmt das Wort Abg. Dr. Waldeck: In Bielefeld beklage man sich darüber, daß die Korrespondenz des Magistrats mit der Regierung durch die Hände des Landraths geht. Eine Beschwerde beim Hause sei der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen worden, diese habe aber die Angelegenheit mit dem Rücken angesehen, d. h. gar nichts gethan. (Hört!)

Der Regierungskommissar: Der spezielle Fall ist ihm unbekannt, in der Verordnung ist eine Uebertragung der polizeilichen Aufsicht über die Stadt an den Landrath nicht zu sehen, der Landrath soll Kenntniß von Allem erhalten, eine Entscheidung ist damit nicht in seine Hände gegeben. — Abg. v. Vincke: Wenn der Landrath nur Briefträger ist, so kann man das keine Aufsicht nennen. Bei Polizeiangelegenheiten stellt sich die Sache anders, es kommt auf das Verhältniß zwischen Bürgermeister und Landrath an. — Abg. Waldeck will kein Amendement stellen, weil das Gesetz schon klar genug ist. — Der Regierungskommissar weist nach, daß gesetzlich der Landrath das Organ der Regierung ist; in schleunigen Angelegenheiten werde die Regierung gewiß nicht das Schreiben einer Stadt zurückweisen, auch wenn es nicht durch die Hände des Landraths gegangen wäre.—Abg. Hoffmann (Landrath) möchte ganz gern der Aufsicht über die städtischen Behörden überhoben sein, man thut aber Unrecht, durch fortwährende Angriffe die Autorität der Landräthe zu schwächen.—Abg. v. Diederichs: Der Landrath hat Nichts mit den städtischen Angelegenheiten zu thun; es ist gar kein Bedürfniß da, die städtische Polizeiverwaltung dem Landrath zu übertragen; es ist unzuträglich, den städtischen Polizeidirektor unter die Aufsicht der Landräthe zu stellen. — An der Diskussion betheiligen sich noch die Abgg. Nemitz, Hoffmann, v. Vincke und der Berichterstatter. Der §. 76 wird nach dem Komissionsvorschlage angenommen; die §§. 78 und 79 werden ohne Diskussion angenommen; ebenso der §. 82 und der Art. II. Nach §. 82 hatte Abg. Waldeck den Antrag gestellt, daß die Städteordnung für Westfalen nach den hier vorgenommenen Aenderungen auch abgeändert werde. — Abg. v. Vincke glaubt, daß ein so summarisches Verfahren unmöglich ist; die Provinz Westfalen verdient ein solches summarisches Behandeln nicht. — Der Berichterstatter weist auf die redaktionelle Schwierigkeit hin. — Der Präsident giebt der Diskussion keine weitere Folge. Die Generalabstimmung wird nach der Redaktion stattfinden. Eine Resolution des Abg. Waldeck wird ausgesetzt, Petitionen nach den Anträgen der Kommissionen erledigt.—Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: Grundsteuervorlagen, Gewerbeordnung.

— Von der Finanz-Kommission des Abgeordnetenhauses ist der Bericht erschienen über die von dem Herrenhause anderweit dem Abgeordnetenhause zugegangenen, die Grundsteuer betreffenden drei Gesetzentwürfe. Die Kommission hat mit allen gegen 2 Stimmen dem Hause empfohlen, den drei als untrennbar zu betrachtenden Gesetzentwürfen, so wie dieselben aus den Berathungen des Herrenhauses hervorgegangen sind, unverändert seine Zustimmung zu ertheilen.

— Von der zwölften Kommission des Abgeordnetenhauses ist der Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Erhebung eines Zuschlags von 25 Prozent zu der Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer, sowie zur Mahl- und Schlachtsteuer auf den Zeitraum vom 1. Juli 1861 bis 30. Juni 1862, erschienen. Berichterstatter ist der Abg. Kühne (Berlin). Der Bericht lautet: In unmittelbarem Zusammenhange mit der Prüfung des von der königlichen Staats-Regierung vorgelegten-Militär-Etats für 1861 ist der vorbezeichneten Kommission auch der in Folge Allerhöchster Ermächtigung vom 17. Januar d. J. dem Hause vorgelegte Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Forterhebung eines Zuschlags zur klassifizirten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Mahl- und Schlachtsteuer, zur Vorberathung zugewiesen worden. Bei dieser unter persönlicher Theilnahme des Finanzministers stattgefundenen Berathung mußte sich bald die Ueberzeugung dahin herausstellen, daß auch bei Berücksichtigung der von der Kommission beantragten Ermäßigungen im ordinären und extraordinären Etat der Kriegsverwaltung sich dennoch die Bewilligung extraordinärer Geldmittel nicht umgehen lasse, welche zur Bestreitung der Ausgaben für die Aufrechthaltung der Kriegsbereitschaft des Heeres erforderlich sind. Nicht minder mußte anerkannt werden, daß anderweite Mittel zur Beschaffung des Geldbedarfs, als eben die von der königlichen Staats-Regierung in Anspruch genommenen Zuschläge zu den obengedachten Steuern, nicht vorzuschlagen seien. Dem von einer Seite gestellten Antrage, diese Zuschläge auf eine Quote von 15 Prozent herabzusetzen, wurde entgegengehalten, daß bei solcher Abminderung um so stärker auf die Bestände des Staatsschatzes oder auf die Erübrigungen aus den Vorjahren zurückzugreifen sein würde, das eine wie das andere aber bei den bedenklichen Zuständen der Gegenwart höchst unerwünscht erscheinen müsse. Es wurde daher dieser Vorschlag zurückgezogen. Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde der von der königlichen Staats-Regierung vorgelegte Gesetzentwurf mit 16 gegen 5 Stimmen angenommen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 17. Mai. [Dem Landrath des Kreises Chodziesen, Grafen v. d. Goltz], ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienste bewilligt worden. Mit der einstweiligen kommissarischen Verwaltung des Kreises ist der Kreisrichter v. Kehler, zur Zeit Hülfsarbeiter im Ministerium des Innern betraut worden.

— [Beschlagnahme.] Die heutige Nummer des „Dziennik poznanski“ ist polizeilich mit Beschlag belegt worden.

— [Die Einwanderung deutscher Arbeiter in unsere Provinz] ist ziemlich deutlich ersichtlich aus den Tabellen der Stargard-Posener Bahn, welche die Ziffern der in Posen ankommenden und abgehenden Passagiere enthalten. Es waren danach in Posen auf dieser Bahn

	ankommend	abgehend	
1856	40,798	39,405	Personen
1857	39,706	37,959	„
1858	37,291	35,229	„
1859	44,046	35,046	„
1860	43,349	38,830	„
zusammen	205,190	186,469	Personen.

In den letzten 5 Jahren trafen also auf diesem Wege, aus deutschen Landestheilen kommend, in Posen 18,721 Personen (meistens 3. resp. 4. Klasse) mehr ein als fortgingen, während noch im Jahre 1855 die Zahl der ankommenden und abgehenden Fahrgäste sich beinahe balancirte (33,956 an und 34,094 ab).

Neustadt, 16. Mai. [Feuer; Berichtigung.] Gestern in der Mittagstunde brach auf dem hiesigen Dominium Feuer aus, das bei dem starken Winde schnell um sich griff und nur in sehr kurzer Zeit eine große massive mit Stroh gedeckte Scheune, einen massiven Schafstall, ebenfalls mit Stroh eingedeckt, und eine andere ganz massive große Scheune, mit den noch vorhandenen Ernte- und Futtervorräthen, wie auch die Schmiede und zwei Gesindehäuser in Asche legte. Das Feuer kam in dem zur Schmiede gehörigen Gebäude aus, doch ist die Entstehungsursache noch unbekannt. Sämmtliches Hornvieh, welches in den angrenzenden Stallungen sich befand, wurde in Sicherheit gebracht. Die Schafe waren auf der Weide. An 10 Spritzen waren zur Stelle, nur diesen wie auch der aufopfernden Hülfe, die sich leider erst später eingefunden, die bis von zwei Meilen weit hergeeilt kam, ist es zu danken, daß größeres Unglück verhütet wurde, zumal in nächster Nähe auch ein Spirituslager war, und die Oehlmühle und Brennerei sich dicht dabei befinden. — In meinem neulichen Bericht (s. Nr. 109) muß es anstatt des wiedergewählten Beigeordneten Kläke, „Kette“ heißen. (Wir haben schon öfter an unsere Herren Korrespondenten die Bitte gerichtet, namentlich Eigennamen stets recht deutlich schreiben zu wollen. D. Red.)

Pinne, 16. Mai. [Markt; Landwirthschaftliches.] Der Pferde- und Viehmarkt am Montage war ziemlich stark, namentlich auch mit Bauernpferden besetzt. Die Kauflust war nicht sehr rege und man zahlte für Luxuspferde 70—90 Thlr., Ackerpferde 50—60 Thlr., Bauernpferde 25—30 Thlr. Auch war viel Hornvieh aufgetrieben, doch von schlechtem Aussehen. Es wurde nur wenig und zu mäßigen Preisen verkauft. Die Zufuhren auf dem Getreidemarkte waren ziemlich bedeutend und wurden sofort verkauft. Man zahlte pro Scheffel Weizen $2\frac{2}{3}$—3 Thlr., Roggen $1\frac{7}{12}$—$1\frac{2}{3}$ Thlr., Gerste $1\frac{1}{2}$—$1\frac{7}{12}$ Thlr., Hafer 25 Sgr., Erbsen $1\frac{2}{3}$ – $1\frac{3}{4}$ Thlr., Buchweizen $1\frac{1}{3}$ Thlr. und Kartoffeln 14 – 15 Sgr. Durch die warme Witterung haben sich die Saaten bedeutend erholt und schreiten in der Vegetation zusehends vor. Durch die bisherige Nässe und Kälte sind niedrig belegene Aecker in der Frühjahrsbestellung zurückgeblieben, und man holt jetzt das Versäumte nach. Seit einigen Tagen entfalten die Bäume ihren Blüthenschmuck. Der Hopfenbau findet jetzt auch in hiesiger Gegend starke Verbreitung.

r Wollstein, 15. Mai. [Saaten; Kreisersatzgeschäft; Diebstähle.] Nachdem seit mehreren Tagen sich warme Witterung eingestellt, haben sich die Saaten bedeutend erholt und Felder und Wiesen prangen nun im schönsten Grün; auch die Obstbäume haben ihre Blüthenpracht entfaltet. Die Getreidepreise, die seit einigen Wochen nicht unerheblich in die Höhe gingen, sind am letzten Markte auch in Folge der günstigen Witterung wieder gesunken. — Bei dem Kreisersatzgeschäfte, das in den Tagen vom 6.—13. d. im hiesigen Kreise stattgefunden, sind bedeutend mehr junge Leute als sonst zum Militärdienst designirt worden, was wohl daher rührt, daß das Maaß von $5\frac{1}{2}$ auf 5 Fuß herabgesetzt wurde. — In den letzten Tagen sind in unsrer Nähe nicht unerhebliche Diebstähle begangen worden. So wurden dem Ausgedinger W. in Chorzymin neben einer nicht unbedeutenden Quantität von Eßwaaren 30 Dukaten und 30 Thlr., die er seit 30 Jahren unter einem Balken in seiner Kammer verborgen hatte, und dem Wirth L. in Dąbrowker Hauland Kleidungsstücke im Werthe von ca. 40 Thlr. mittelst gewaltsamen Einbruchs gestohlen. Die Verüber des letzterwähnten Diebstahls wurden gestern gefänglich hier eingebracht und auch anderen ist die Polizei auf der Spur.

Personal-Chronik.

Posen, 8. Mai [Personalveränderungen] bei den Justizbehörden im Bezirke des königlichen Appellationsgerichts zu Posen für den Monat April 1861. Bei dem Appellationsgerichte: die Auskultatoren Gaebel, Haase und Lehmann sind zu Referendarien ernannt; der Kanzleidiätar Morkowski ist auf seinen Antrag entlassen. Bei dem Kreisgerichte zu Kempen: der Gerichts-Assessor Dockhorn ist zum Kreisrichter ernannt und der Gerichts-Assessor Göllner aus Paderborn ist als Hülfsrichter hierher abgeordnet. Bei dem Kreisgerichte zu Lissa: der Kreisrichter Zenker in Fraustadt ist als Rechtsanwalt und Notar nach Küstrin versetzt. Bei dem Kreisgerichte zu Pleschen der Staatsanwalt Leviseur in Kosten ist zum Rechtsanwalt und Notar ernannt und in dieser Eigenschaft hierher versetzt worden; der beim königlichen Appellationsgerichte in Posen beschäftigte Zivilsupernumerar Cohn ist zum Kreisgerichts-Kalkulator ernannt. Bei dem Kreisgerichte zu Posen: der Justizrath Guderian ist gestorben. Bei dem Kreisgerichte zu Rogasen: der Kreisrichter Połomski in Kempen ist zum Rechtsanwalt unter Verleihung des Notariats für den diesseitigen Bezirk ernannt. Bei dem Kreisgerichte zu Wollstein: der Kreisrichter Gießing ist als Rechtsanwalt an das königliche Kreisgericht in Lobsens unter Verleihung des Notariats und mit Anweisung seines Wohnsitzes in Nakel versetzt worden, und der Gerichts-Assessor v. Trelewski aus Wreschen als Hülfsrichter hierher abgeordnet.

Strombericht.

Obornifer Brücke.

Am 15. Mai. Holzflößen: 19 Triften Kiefernrundholz, von Kraykowo nach Gließen.

Am 16. Mai. Kahn Nr. 9689, Schiffer C. Brutschke, von Berlin nach Neustadt leer. — Holzflößen: 9 Triften Eichenkantholz und 4 Triften Eichenknie-Schiffbauholz, von der Möcheliner Ablage bei Schrimm nach Stettin.

Angekommene Fremde.

Vom 16. Mai.

HOTEL DU NORD. Königl. Kammerherr und Rittergutsb. Graf Żółtowski nebst Frau aus Czacz, die Rittergutsb. v. Drwęski aus Starkowiec, Aulust aus Neu-Popschütz und Neumann aus Kuhnau, Frau Rittergutsb. v. Żychlińska aus Uzarzewo, Dekan Kwiatkowski aus Margonin und Gutspächter v. Trąmpczyński aus Bielawy.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsb. v. Łakomicki aus Boczkowo und v. Łakomicki aus Machcin, Portepéefähnrich im 1. Westpreußischen Inf. Regt. (Nr. 6) Fischer aus Oels und Oekonomie-Kommissionsrath Hansmann aus Wollstein.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Hager aus Mainz, Bernhard aus Glogau und Schön aus Berlin, Auskultator Fendler aus Fraustadt, Rentier Meißner und Fräulein Meißner aus Kiekrz, die Gutsb. Nasse aus Glogowiec, Scheller nebst Frau aus Maniewo und Lehmann aus Garby, Frau Gutsb. v. Kłobowska und Fräulein v. Sokołowska aus Warschau.

HOTEL DE PARIS. Die Geistlichen Rożański aus Góra, Michnikowski aus Köbnitz, Mrowczyński aus Pinne und Bykowski aus Siemianice, Bürger Reimann aus Schildberg und Gutsbesitzer v. Karczewski aus Wyszakowo.

BAZAR. Frau Gutsb. Gräfin Potulicka aus Groß-Jeziory, Oberförster Łukowski aus Kruszewo, die Gutsb. Graf Dąbski aus Kołaczkowo, v. Mieczkowski aus Zieleniec, v. Swinarski aus Sarbia, Rekowski aus Ruchocinek und Mittelstädt aus Silec.

KRUG'S HOTEL. Landwirth Schall aus Fraustadt, Künstler Schneider aus Schmiegel und Kaufmann Cohn aus Breslau.

Vom 17. Mai.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Kaufleute Ohnesorge aus Breslau, Nicolas aus Kassel und Pederssen aus Hamburg, Frau Gutsbesitzer v. Trąmpczyńska aus Polen und Gutsb. und Lieutenant Bayer nebst Frau aus Skorzewo.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Bloch und Schröder aus Berlin, Fränkel aus Dresden, Sachs aus Breslau und Scheffler aus Ratibor.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Kreisgerichtsrath Pokorny aus Schrimm, Gerichts-Assessor Willmanns aus Breslau, Frau Rittergutsb. v. Treskow aus Chodowo, dee Rittergutsb. Herse nebst Frau aus Baborowko und Walz aus Góra, Schauspieler Schröder aus Berlin, Gutsb. Schäfer aus Tirschtiegel, die Kaufleute Jonas aus Berlin und Blöm aus Frankfurt a. M.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsb. v. Koszutski aus Jankowo, v. Moszczeński aus Jeziorki, Lazareff aus Głuchowo und Tesko aus Wiersebaum, Lieutenant in der Niederschlesischen Artillerie-Brigade Nr. 5 Schmidt aus Pogorzella, Generalbevollmächtigter v. Siedmiogrodzki aus Neudorf, die Partikuliers v. Steinborn aus Brody und Jungmann aus Lissa.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergutsb. Delhaes nebst Frau aus Swiączyn, Wirthsch. Inspektor Cwydziński aus Tarnowo, die Kaufleute Haacke aus Berlin, Neubürger aus Stuttgart und Lüders aus Breslau.

SCHWARZER ADLER. Die Kaufleute Kaczyński aus Klecko und Kühn aus Nürnberg, Gutsbesitzer v. Węsierski aus Borzejewo, Frau Gutsb. v. Brudzewska aus Gorenica, Wirthsch. Inspektor Arndt aus Gozdowo und Maschinenbauer Pfotenhauer aus Strzelno.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsb. Jouanne aus Lussowo und Hoffmeyer aus Złotniki, Generalbevollmächtigter v. Pągowski aus Pągowo, Administrator Brukarzewicz aus Brody, Fräulein Nieborowska aus Podlesie, Inspektor Schendel und Lehrer Röschke aus Radom.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsb. v. Polczyński aus Zakrzewo, v. Baranowski aus Gwiazdowo, v. Swinarski aus Mamoty, v. Bojanowski aus Rycz, v. Dobrogojski aus Skrzetuszewo und v. Łutomski aus Pokłatki, Gutspächter Michalski aus Łagiewnik, Probst Hejliński aus Wilczyn und Gutsverwalter Liske aus Ruszkowo.

PRIVAT-LOGIS. Frau Major Schlawe aus Magdeburg, Mühlenstraße Nr. 14a.; Major a. D. v. Giżycki aus Görlitz, Wilhelmsstraße Nr. 17.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Bei dem am 29. April bis 2. d. M. erfolgten öffentlichen Verkauf der in der hiesigen städtischen Pfandleihanstalt verfallenen Pfänder hat sich für mehrere Pfandschuldner ein Ueberschuß ergeben.

Die Eigenthümer der Pfandscheine:

Nr. 14,283. 14,740. 15,464. 15,508. 15,572. 15,715. 15,752. 15,771. 15,829. 15,943. 16,016. 16,027. 16,074. 16,090. 16,113. 16,156. 16,191. 16,214. 16,222. 16,288. 16,372. 16,537. 16,583. 16,588. 16,599. 16,668. 16,702. 16,719. 16,824. 16,853. 16,879. 16,925. 16,994. 17,024. 17,045. 17,185. 17,236. 17,273. 17,370. 17,437. 17,484. 17,508. 17,523. 17,536. 17,560. 17,563. 17,653. 17,657. 17,674. 17,767. 17,768. 17,809. 17,814. 17,828. 17,858. 17,894. 29. 100. 148. 175. 333. 349. 422. 439. 455. 503. 537. 649. 679. 694. 728. 761. 779. 794. 863. 870. 880. 890. 1048. 1095. 1176. 1207. 1227. 1278. 1343. 1354. 1373. 1381. 1460. 1471. 1714. 1792. 1848. 1869. 1883. 1899. 1913. 1969. 2166. 2183. 2219. 2253. 2268. 2281. 2294. 2314. 2320. 2345. 2391. 2441. 2482. 2512.

werden hierdurch aufgefordert, sich innerhalb sechs Wochen, spätestens bis zum **1. Juli c.** bei der hiesigen städtischen Pfandleihkasse zu melden, und den nach Berichtigung des empfangenen Darlehns und der bis zum Verkauf des Pfandes aufgelaufenen Zinsen und Kosten noch verbliebenen Ueberschuß gegen Rückgabe des Pfandscheins und gegen Quittung in Empfang zu nehmen, widrigenfalls dieser Ueberschuß bestimmungsmäßig an die städtische Armenkasse abgegeben und der Pfandschein mit den darauf begründeten Rechten des Pfandschuldners für erloschen erachtet werden wird.

Posen, den 7. Mai 1861.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.

Das der verwittweten **Samojska, Charlotte Wilhelmine** geborne **Tickel**, und den Geschwistern **Samojski** gehörige, unter Nr. 438 zu **Bromberg**, Berlinerstraße, belegene Grundstück, abgeschätzt auf 5148 Thlr. 27 Sgr. 9 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 19. Juli 1861 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Miteigenthümer und Realinteressenten, namentlich 1) Wittwe **Samojska, Charlotte Wilhelmine** geborne **Tickel**, zuletzt in Bartelsen, 2) **Julius Louis Samojski**, zuletzt in Warschau, 3) die Geschwister **Louis** und **Emma Mohr**, 4) die **Teschendorff**'schen Eheleute, 5) die Geschwister **Johann Gottlieb**, **Gottfried** und **Marianna Elisabeth Schulz**, werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgericht anzumelden.

Bromberg, den 29. Dezember 1860.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Schroda.
Erste Abtheilung.

Das den Freischulzengutsbesitzern **Julius Ferdinand** und **Emilie** geb. **Hauffe-Zadow**schen Eheleuten gehörige, in **Jerzykowo** sub Nr. 2 belegene Freischulzengut, abgeschätzt auf 27,645 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 14. November 1861 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Gericht zu melden.

Schroda, den 16. März 1861.

Edikt.

Vom **Tarnower** k. k. Kreisgerichte wird Herr **Anton Baczyński** mittelst des gegenwärtigen Ediktes von dem ihm zugefallenen Nachlasse nach **Stanislaus Baczyński** mit dem verständigt, sich binnen Einem Jahre vom Tage der Ersten Kundmachung an gerechnet, entweder persönlich oder durch einen Bevollmächtigten zu melden, als sonst der Nachlaß durch den Kurator Namens desselben angenommen und der auf ihn entfallende Erbtheil bis zu dessen Tode oder dessen Todeserklärung gerichtlich aufbewahrt werden wird.

Adamski.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichts.

Tarnow, am 12. März 1861.

Jachimowski.

Bekanntmachung.

Der über das Vermögen des Kaufmanns **Jacob Becker** hierselbst ausgebrochene Konkurs ist durch außergerichtlichen Vergleich beendet.

Lissa, den 13. Mai 1861.

Königl. Kreisgericht, I. Abtheilung.
Der Kommissar des Konkurses:
Bogatsch.

Bekanntmachung.

Der über das Vermögen des Deposital-Rendanten **Julius Hennig** zu **Grätz** eröffnete Konkurs ist, nachdem die Ausschüttung der Masse erfolgt, beendigt.

Grätz, den 8. Mai 1861.

Königliches Kreisgericht.
Der Konkurskommissarius.

Das Gut **Wenecya**, $\frac{1}{8}$ Meile von der Kreis- und Gymnasial-Stadt **Deutsch-Ostrowo**, mit einem Areal von 413 Morgen, worunter 130 M. guter Wiesen, bei einer Milchpacht von 20 Kühen, 300 Schafen und vollständigem Zugvieh, massiven Gebäuden, steht zum Verkauf oder auch zu verpachten.

Dresden, den 1. Mai 1861.

P. P.

Einem resp. reisenden Publikum die ergebenste Anzeige, daß ich mein Gasthaus in **Dresden**, bekannt unter dem Namen

Heinemann's Hôtel
zur Stadt Leipzig,

an meinen Bruder, Herrn **Wilhelm Heinemann**, verkauft und abgetreten habe. Indem ich für das mir bisher geschenkte Wohlwollen meinen verbindlichsten Dank abstatte, bitte ich dasselbe auf meinen Nachfolger gütigst übertragen zu wollen.

A. D. Heinemann,
Besitzer des „Heinemann's Hotel zur goldenen Gans in Breslau“.

Mit Bezugnahme auf Obiges wird es mein eifrigstes Bestreben sein, das mir zu Theil werdende Vertrauen zu erhalten und nach Kräften zu mehren.

Wilhelm Heinemann,
bisher **Besitzer der 3 goldenen Palmzweige** in **Dresden.**

Bei meinem 25jährigen Amtsjubiläum sind mir von den Mitgliedern des „Vereins wohlthätiger Freunde“ und insbesondere von dem löblichen Vorstande ebenso ehrende als liebevolle Aufmerksamkeiten so zahlreich bewiesen worden, daß ich nur auf diesem Wege im Stande bin, ihnen sämmtlich hiermit meinen innigen und tiefgefühlten Dank auszusprechen.

Joel Kaliski.

Wasserheilanstalt

in **Charlottenburg**, $\frac{1}{2}$ St. von Berlin und am Thiergarten reizend gelegen. Billige Pension. ***Dr. Eduard Preiss.***

150 Mutterschafe

sind auf dem Dominium **Schwierse** bei **Oels** nach der Schur verkäuflich. Anfragen sind ans Wirthschaftsamt zu richten. Wollpreis über 100 Thlr., Gewicht pro Schaf $2\frac{1}{2}$ Pfd. Wolle.

Niederlage von Steinauer Thonwaaren.

Grösste Auswahl von Blumentöpfen in allen Farben, Figuren, Consolen, Vasen, Ampeln, Brot- u. Fruchtschalen, Schreib- u. Feuerzeuge. ***H. Klug,*** Friedrichsstr. 33.

Panama-Hüte in Hamburg.

Die Unterzeichneten erklären hiermit, dass die Herren **Bull, Vihlson & Co.** in **London** nicht mehr die Agentur für ihre Panama-Hüte haben, sondern dass sie ausschliesslich die General-Agenten Herren **Sally Friesländer & Co.** in **Hamburg** mit dem Verkauf ihrer Panama-Hüte für den Continent beauftragt haben.

Panama, im Januar 1861. ***de Sylva & Romieu.***

Uns auf obige Anzeige beziehend, offeriren wir elegante fehlerfreie (keine ordinairen grossköpfigen Curaçao-Hüte) für **18** Thlr. pro Dutzend in Original-Seronen, und versenden auf frankirte Ordres Probe-Dutzende unter Postnachnahme.

Hamburg, im April 1861.

Die General-Agenten
Sally Friesländer & Co.

NB. Privaten können durchaus nicht berücksichtigt werden.

Schiller-Lotterie.

Die Gewinngegenstände derjenigen Schillerloose, welche bis inkl. zum 24. Oktober 1860 bei mir eingeliefert worden sind, können gegen Rückgabe der Interimsscheine und Erstattung der Kosten von mir in Empfang genommen werden.

Posen, den 17. Mai 1861.
Moritz S. Auerbach,
Spediteur.

Ein Regenschirm

von dunkelgrüner Seide, gelbem Lederstock, ist irgendwo zurückgelassen worden. Um gefällige Abgabe bittet *W. Mylius.*

Fr. 17. V. 7 A. M. C.

Familien-Nachrichten.

Die gestern Abend 9½ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau **Adelheid** geb. **Friedländer** von einem Mädchen zeige ich statt jeder besonderen Meldung hierdurch ergebenst an.

Posen, den 16. Mai 1861.
Bernhard Rosenthal.

Heute früh 3 Uhr wurde meine liebe Frau **Olga** geb. **Schoening** von einem gesunden Knaben glücklich entbunden. Dies zeige ich allen meinen Verwandten, Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung ergebenst an.

Buk, den 16. Mai 1861.
Julius Bellach.

Hierdurch unseren Geschäftsfreunden die traurige Anträge, daß unser Bruder, der Leinwandhändler **Gottfried Haacke** aus **Neußendorf** bei **Waldenburg,** am 3. d. Mts. in **Posen** verstorben ist, und bitten um stille Theilnahme.

Für das bisher geschenkte Vertrauen danken freundlichst, mit dem Bemerken, daß unsere werthen Kunden durch **H. Neumann,** welcher das Geschäft schon längere Zeit betreibt, ungeschwächt dieselben Artikel fortbeziehen können.

Ebenso so freundlichen Dank für die Liebe und Theilnahme, welche ihm von dortigen guten Freunden in seiner Krankheit gezollt wurde.

Neußendorf bei Waldenburg in Schlesien, 15. Mai 1861.

Die verwittwete **G. Haacke** nebst Kindern und **Gebr. E. & G. Haacke.**

Wasserstand der Warthe:
Posen am 16. Mai Vorm. 8 Uhr 4 Fuß 11 Zoll.
" 17. " " " " 4 " 9 "

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 17. Mai 1861.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	—	87½	—
" 4 " Staats-Anleihe	—	—	—
" 4½ " "	102¼	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	106¼	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	—	120½	—
Posener 4% Pfandbriefe	—	—	—
" 3½ " "	—	—	95½
" 4 " neue "	—	91⅝	—
Schles. 3½% Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ " "	—	—	—
Poln. 4 " "	85½	—	—
Posener Rentenbriefe	—	94	—
" 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	—	—
" 5 " Prov. Obligat.	—	98¾	—
" Provinzial-Bankaktien	—	82½	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
" Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	86¾	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen matt, gekündigt 50 Wispel, pr. Mai-Juni 43 1/12 bz., Juni-Juli 43 1/12—1/24 bz., Juli-August 43½ bz.

Spiritus gedrückt, gekündigt 6000 Qrt., mit Faß pr. Mai 18½—⅛ bz., Juni 18½ bz., Juli 18 11/24 bz., Aug. 18⅝ bz.

Posener Marktbericht vom 17. Mai.

	von Rt	von Sgr	von Pf	bis Rt	bis Sgr	bis Pf
Fein. Weizen, Schfl. z. 16 Mtz.	3	—	—	3	3	9
Mittel-Weizen	2	20	—	2	25	—
Bruch-Weizen	2	15	—	2	17	6
Roggen, schwerer Sorte	1	23	9	1	26	3
Roggen, leichtere Sorte	1	20	—	1	21	3
Große Gerste	1	12	6	1	17	6
Kleine Gerste	1	7	6	1	12	6
Hafer	—	24	—	—	28	—
Kocherbsen	1	21	3	1	25	—
Futtererbsen	1	17	6	1	18	9
Winterrübsen, Schfl. z. 16 Mtz.	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	1	5	—	1	10	—
Kartoffeln	—	17	—	—	19	—
Butter, 1 Faß (4 Berl. Qrt.)	—	—	—	2	15	—
Roth. Klee, Ct. 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Weißer Klee dito	—	—	—	—	—	—
Heu, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Rüböl, d. Ct. z. 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Spiritus am 16. Mai per 100 Qrt. à 80 % Tr.	18	2	6	18	7	6
" 17. "	17	25	—	18	2	6

Die Markt-Kommission.

Produkten-Börse.

Berlin, 16. Mai. Wind: N.-W. Barometer: 28²⁄₈. Thermometer: früh 8° +. Witterung: regnigt.

Weizen loko 73 a 86 Rt.

Roggen loko 49 a 49½ Rt., p. Frühj. 47½ a 46½ Rt. bz., p. Mai-Juni 47 a 47½ a 46½ Rt. bz. u. Gd., 46½ Br., p. Juni-Juli 47 a 47⅜ a 46½ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juli-Aug. 47½ a 47¾ a 46¾ Rt. bz. u. Gd., 47 Br., p. August-Sept. 47¾ a 47½ Rt. bz., p. Sept.-Okt. 48½ a 47¾ Rt. bz. u. Gd., 48 Br.

Große Gerste 38 a 45 Rt.

Hafer loko 24 a 27 Rt., p. Frühjahr 26⅝ a 26½ Rt. bz., p. Mai-Juni 26⅛ a 26½ Rt. bz., p. Juni-Juli 26½ Rt. bz. u. Br., p. Juli-Aug. 26½ a 26½ Rt. bz., p. Sept.-Okt. 26 Rt. Br.

Rüböl loko 11⅞ Rt. Br., p. Mai 11⅞ a 11⅞ a 11⅞ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 11⅞ a 11⅞ a 11⅞ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 11⅞ Rt. bz. u. Br., 11⅞ Gd., p. Juli-Aug. 12 Rt. bz. u. Gd., 12 1/24 Br., p. Sept.-Okt. 12½ a 12 5/12 a 12½ Rt. bz. u. Gd., 12 7/24 Rt. Br.

Spiritus loko ohne Faß 18½ a 18 Rt. bz., p. Mai 18⅜ a 18⅛ Rt. bz. u. Gd., 18 7/12 Br., p. Mai-Juni 18⅜ a 18⅛ Rt. bz. u. Gd., 18 7/12 Br., p. Juni-Juli 19 a 18⅝ Rt. bz. u. Gd., 18⅞ Br., p. Juli-Aug. 19½ a 19 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Aug.-Sept. 19 7/12 a 19½ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Sept.-Okt. 19½ a 19½ Rt. bz. u. Gd., 19½ Br., p. Okt.-Nov. 18½ a 18½ Rt. bz.

Weizenmehl 0. 5½ a 5⅛, 0. u. 1. 4⅝ a 5¼ Rt. Roggenmehl 0. 3 7/12 a 3⅞, 0. u. 1. 3½ a 3½ Rt.
(B. u. H. Z.)

Stettin, 16. Mai. Wetter: regnigt und windig. Wind: W. + 10° R.

Weizen loko p. 85pfd. gelber 74—88 Rt. nach Qualität bz., 85pfd. gelber p. Mai-Juni 90 Rt. Br., p. Juni-Juli 89½ Rt. bz., 90 Br., 83/85pfd. p. Mai-Juni 85 Rt. Br., p. Juni-Juli 85 Rt. bz.

Roggen loko p. 77pfd. 43½—45½ Rt. nach Qual. bz., 77pfd. p. Mai-Juni 44½, ⅜ Rt. bz., p. Juni-Juli 45 Rt. bz., p. Juli-Aug. 45½ Rt. bz. u. Gd., (gestern ist zu lesen p. Juli-Aug. 46½, ⅜, ¼ Rt. bz., p. Aug.-Sept. 47 Rt. Br., 46¾ Gd.), p. Aug.-Sept. 46½ Rt. Gd., p. Sept.-Okt. 47, 46⅞, 47 Rt. bz., Gd. u. Br., p. Okt.-Nov. 46 5/12 Rt. bz., 46½ Br.

Gerste, pomm. loko p. 70pfd. 38 Rt. Br.

Hafer loko 27 Rt. p. 50pfd. bz.

Erbsen, kleine Koch- 47½—48 Rt. bez.

Rüböl loko mit Faß 12½ Rt. bz., p. Mai-Juni 12½ Rt. Br., p. Sept.-Okt. 12½ Rt. bz. u. Gd., ⅛ Br.

Spiritus loko ohne Faß 19 Rt. bz., p. Mai-Juni 19 1/12, 19 Rt. bz. u. Br., p. Juni-Juli 19½ Rt. bz. u. Br., p. Juli-Aug. 19½ Rt. Br., p. Aug.-Sept. 19½ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Sept.-Okt. 18 7/12 Rt. bz., 18⅝ Br.
(Ostf. Ztg.)

Breslau, 16. Mai. Wetter: Heute wieder heiter, am frühen Morgen + 5°.

Weißer Weizen 81—87—89—93, gelber 71—75—81—88 Sgr.

Roggen, 60—62—64—66 Sgr.

Gerste, 48—53—60 Sgr.

Hafer, 30—32—34 Sgr.

Erbsen 53—59—65 Sgr.

Winterraps 80—90—100 Sgr. nominell.

Kleesamen. Rother 11—12½—14½ Rt., weißer 8—10—13—15 Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles). 18½ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Mai 50½—50 bz. u. Gd., Mai-Juni 49—49½ bz., Juni-Juli 49 bz. u. Br., Juli-Aug. 49 bz. u. Br., Aug.-Sept. 49 Gd., Sept.-Okt. 48¾ Gd., 49 Br.

Rüböl loko 11⅞ Br., p. Mai u. Mai-Juni 11⅞ Br., Juni-Juli 11⅞ Br., Juli-Aug. 11⅞ Br., Sept.-Okt. 12—12½ bz. u. Br.

Spiritus loko 18⅞ bz. u. Br., p. Mai, Mai-Juni und Juni-Juli 18½ Br., Juli-Aug. 18⅞ Br., Aug.-Sept. 19 Br.
(Br. Hdlsbl.)

Telegraphischer Börsenbericht.

Liverpool, 16. Mai. Baumwolle: 7000 Ballen Umsatz. Preise etwas besser.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 16. Mai 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	76½ G
Aachen-Mastricht	4	20½ bz
Amsterd. Rotterd.	4	80½ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	91¾-½ bz
do. Lt. B.	4	79½ G
Berlin-Anhalt	4	123½ bz
Berlin-Hamburg	4	115¾ bz
Berl. Potsd. Magd.	4	138½ bz
Berlin-Stettin	4	115½ B
Bresl. Schw. Freib.	4	101½-101 bz
Brieg-Neiße	4	48½ B
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	149½ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	34 B
do. Stamm-Pr.	4½	74½ B
do. do.	4	79½ B
Löbau-Zittauer	5	25 G
Ludwigshaf. Berb.	4	133½ bz u G
Magdeb. Halberst.	4	226 G
Magdeb. Wittenb.	4	40½ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	104-104¾-⅝ bz
Mecklenburger	4	46¾ G
Münster-Hammer	4	93¾ G
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	96½ bz
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	44¾ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	121 G
do. Litt. B.	3½	110½ bz
Oest. Franz. Staat.	5	133½-32½-33 bz
Oppeln-Tarnowitz	4	33½ bz
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	55 B
Rheinische,	4	82¾ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	22 G
Ruhrort-Crefeld	3½	77½ B
Stargard-Posen	3½	84½ bz
Thüringer	4	107½ bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	114 G
Berl. Handels-Ges.	4	80 B
Braunschw. Bk. A.	4	68 etw bz
Bremer do.	4	98¼ B
Coburg. Kredit-do.	4	50½ bz u G
Danzig. Priv. Bk.	4	89¾ bz
Darmstädter abgst.	4	73⅝ bz
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	95 B
Dessauer Kredit-do.	4	11¾-12-11¾ bz
Dessauer Landesbk.	4	23 bz
Disk. Comm. Anth.	4	83¾ bz u G
Genfer Kred. Bk. A.	4	26 bz
Geraer do.	4	69¾ G
Gothaer Priv. do.	4	69½ B
Hannoversche do.	4	92 G
Königsb. Priv. do.	4	84½ G
Leipzig. Kredit-do.	4	62⅝ G
Luxemburger do.	4	85 etw bz
Magdeb. Priv. do.	4	79 G
Meining. Kred. do.	4	70½ etw bz
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	86 G [G
Oestr. Kredit- do.	5	63½-63¾-63½ bzu
Pomm. Ritt. do.	4	71½ G
PosenerProv. Bank	4	82¾ bz
Preuß. Bank-Anth.	4½	124¼ G
Rostocker Bank Akt.	4	105½ G
Schles. BankVerein	4	81 etw bz
Thüring. Bank-Akt.	4	53½ bz
Vereinsbank. Hamb.	4	100 B
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	73½ bz

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	94¾ G
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	56½ G
Hörder Hüttenv. Ak.	5	65¾ bz
Minerva, Bergw. A.	5	18½ bz u G
Neustädt. Hüttenv. A	5	4¼-4 bz
Concordia	4	104 G
Magdeb. Feuerversf. A	4	425 B

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	85½ B
do. II. Em.	4	85 B
do. III. Em.	4½	89½ G
Aachen-Mastricht	4½	66½ B
do. II. Em.	5	64 bz
Bergisch-Märkische	5	103½ B
do. II. Ser.	5	103½ B IV 101½ bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	80 B
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	86 G
do. II. Ser.	4½	94¼ G
Berlin-Anhalt	4	97¾ B
do.	4½	101½ G
Berlin-Hamburg	4½	103⅛ G
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	94¾ B B. —
do. Litt. C.	4½	101¼ bz
do. Litt. D.	4½	101 G
Berlin-Stettin	4½	101½ G
do. II. Em.	4	90½ bz
do. III. Em.	4	90¼ G
Bresl. Schw. Freib.	4½	99 B
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	101½ G
do. II. Em.	5	104 G
Cöln-Minden	4	90 G
do. III. Em.	4	87 bz
do.	4½	96¾ bz
do. IV. Em.	4	87 G
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	84½ B
do. III. Em.	4½	— —
Magdeb. Wittenb.	4½	95½ G
Niederschles. Märk.	4	95½ bz
do. conv.	4	94½ G
do. conv. III. Ser.	4	91¾ bz
do. IV. Ser.	5	100½ bz
Nordb., Fried. Wilh	4½	100¾ G
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	82 bz, C. 90½ G
do. Litt. D.	4	90½ G
do. Litt. E.	3½	79½ B
do. Litt. F.	4½	97½ bz
Oestreich. Französ.	3	254½ u 254 bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	— —, II. 100 bz
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	86¾ G
do. v. Staatgarant.	3½	81½ G
Rheinische Pr. Obl.	4½	91¾-92 bz
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	95½ bz
Ruhrort-Crefeld	4½	93 G
do. II. Ser.	4	83 G
do. III. Ser.	4½	89⅝ G
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4½	102 bz u G II. 104¾
do. III. Ser.	4½	101¼ bz u G [G
do. IV. Ser.	4½	100½ bz

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	102 bz
Staats-Anl. 1859	5	106¾ bz
do.	4½	102¼ bz
do. 1856	4½	102¼ bz
do. 1853	4	97⅞ bz
N. Präm StA 1855	3½	120¾ bz
Staats-Schuldsch.	3½	88 bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	87½ bz
Berl. Stadt-Oblig.	4½	102 G
do. do.	3½	84 bz
Berl. Börsenh. Obl.	5	104¾ G
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	92¼ bz
do.	4	100⅜ bz
Ostpreußische	3½	86¼ G
do.	4	95⅛ bz
Pommersche	3½	89 G
do. neue	4½	99 bz
Posensche	4	101½ bz
do.	3½	95¼ G
do. neue	4	91⅛ G
Schlesische	3½	89¾ G
B. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	84¼ G
do.	4	95¼ G
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	98¾ bz
Pommersche	4	98 bz
Posensche	4	94½ bz
Preußische	4	98 bz
Rhein- u. Westf.	4	97 bz
Sächsische	4	98½ G
Schlesische	4	98 bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	49-48½-¾ bz
do. National-Anl.	5	57¾-57-58 bz
do. 250fl. Präm. O.	4	65 B
do. neue 100fl. Loose	—	55¾ etw bz
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	88¼ bz u B
6. do.	5	100½ bz
Englische Anl.	5	102½ bzuB 4½%
N. Russ. Egl. Anl.	3	62 bzuG [90¼ G
Poln. Schatz-O.	4	80 bz u G
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	93½ bz
do. B. 200 Fl.	—	23 G
Pfdbr. u. in SR.	4	85½ B
Part. O. 500 Fl.	4	92 etw bz u G
Oestr. 5proz. Loose	5	62½-62-½ bz
Hamb. Pr. 100 BM	—	93¾ G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	49½ B
NeueBad. 35 Fl. do.	—	30½ B
Dessau. Präm. Anl.	3½	98½ etw bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 5½ G
Louisd'or	—	109⅞ B
Sovereigns	—	6. 21½ bz
Napoleonsd'or	—	5. 9½ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 458 bz
Dollars	—	1. 12¾ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅚ bz
Fremde Banknot.	—	99¼ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅚ bz
Fremde kleine	—	99¼ G
Oestr. Banknoten	—	72½ bz
Poln. Bankbillet	—	86⅞ bz

Wechsel-Kurse vom 16. Mai.

Amsterd. 250fl. kurz	3	142 bz
do. 2 M.	3	141¼ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150⅛ bz
do. do. 2 M.	2½	149⅛ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 20 bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79½ bz
Wien öst. W. 8 T.	—	72 bz
do. do. 2 M.	6	71½ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 20 G
Frank. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99¾ bz
do. do. 2 M.	4	99 5/12 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	4	95⅝ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109½ B
Warschau 90 R. 8 T.	—	86⅞ bz
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

Die Haltung der heutigen Börse war ziemlich flau.

Breslau, 16. Mai. Sehr günstige Stimmung bei starkem Umsatze und durchgehends höheren Notirungen.

Schlußkurse. Diskonto-Komm.-Anth. 85 bz. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 63½ bz u Gd. Schlesischer Bankverein 81 bz. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 102½ Br. dito Prior. Oblig. 90½ Br. dito Prior. Oblig. 96¾ Gd. Köln-Mindener Prior. — Neisse-Brieger —. Oberschlesische Lit. A. u. C. 122¾ Br. dito Lit. B. 109½ G. dito Prio. Oblig. 90¾ Br. dito Prior. Oblig. Lit. F. 98 Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 79 Gd. Oppeln-Tarnowitzer 34½ Br. Rheinische —. Kosel-Oderb. 34¾ Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior.-Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

London, Donnerstag, 16. Mai, Nachmittags 3 Uhr. Börse matt. Silber 60⅞. Wetter sehr schön. Konsols 91⅞. 1proz. Spanier 42½. Mexikaner 22½. Sardinier 80. 5proz. Russen 102. 4½proz. Russen 91.

Der Dampfer „City of Washington" ist aus Newyork eingetroffen.

Paris, Donnerstag, 16. Mai, Nachmittags 3 Uhr. Die 3% eröffnete zu 69, 55, wich, als die Erhöhung des Bankdiskontos in London bekannt wurde, bis 69, 45, und schloß träge zur Notiz. Konsols von Mittags 12 Uhr waren 92 eingetroffen.

Schlußkurse. 3% Rente 69, 55. 4½% Rente 96, 45. 3% Spanier 49. 1% Spanier —. Oestr. Staats-Eisenb. Akt. 508. Oestr. Kreditaktien —. Credit mobilier Akt. 715. Lomb. Eisenb. Akt. —.

Amsterdam, Donnerstag, 16. Mai, Nachmittags 4 Uhr. Der Kurs der 3% Rente aus Paris von Mittags 1½ Uhr war 69, 50, der des Credit mobilier 712 gemeldet.

5proz. östr. Nat. Anl. 53½. 5% Metalliques Lit. B. —. 5proz. Metalliques 45⅞. 2½proz. Metalliques 24½. 1proz. Spanier 42 5/16. 3proz. Spanier 48⅝. 5proz. Russen 83 7/16. 5proz. Stieglitz de 1855 95½. Mexikaner 21 13/16. Londoner Wechsel, kurz 11, 85. Wiener Wechsel, kurz 83. Hamburger Wechsel 35 5/16. Petersburger Wechsel 1, 64.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen,